Was tun gegen Antisemitismus?



Erfahrungen aus der Projektarbeit der Amadeu Antonio Stiftung



In der Nacht vom 20. auf den 21. April 2003 werden auf dem jüdischen Friedhof in Zwickau 52 Grabsteine aus ihren Verankerungen gerissen und umgeworfen. Die meisten davon werden beschädigt und sechs der Steine völlig zerstört. Foto: Marina Stroisch

Diese Broschüre ist Teil des Projekts »Entwicklung und Erprobung von Handlungsmodellen zur Bekämpfung des Antisemitismus in den neuen Bundesländern« der Amadeu Antonio Stiftung. Das Projekt wird gefördert im Rahmen des Aktionsprogramms »Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus« durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Programms »CIVITAS – initiativ gegen Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern«.

Der Gebrauch vorwiegend männlicher bzw. abwechselnd männlicher und weiblicher Bezeichnungen durch einige Autorinnen ist ausschließlich dem Interesse der Kürze und Lesbarkeit geschuldet; die Bezeichnungen beziehen in der Regel beide Geschlechter ein.

Die abgedruckten Bilder antisemitischen Inhalts geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Abbildung dient rein illustratorischen Zwecken.

Herausgeber: Amadeu Antonio Stiftung
Redaktion: Doris Akrap, Ursula Gadermaier, Anetta Kahane, Jochen König,
Cora Krückels, Berit Lusebrink, Sandra Pfeiffer, Heike Radvan
Layout und Satz: Design, Berlin
Bildnachweis: Amadeu Antonio Stiftung, Ralf Fischer, André Kahane, Mobiles Beratungsteam in Thüringen für Demokratie gegen Rechtsextremismus, Partisan Berlin, Marina Stroisch, Herbert Weber
Titelbild: Marina Stroisch
Druck: Ratzlow Druck Berlin

Inhalt

Auf der Baustelle gegen Antisemitismus

Anetta Kahane



Anetta Kahane

Antisemitismus ist deshalb so widerlich, weil er Vorstellungen entstehen lässt, die genau das Gegenteil von dem sind, was Menschen üblicherweise schätzen: Aufrichtigkeit, Ehrlichkeit, Großzügigkeit, Verbundenheit und Integrität. Das Gerücht über die Juden dagegen enthält alles Dämonische, das dem friedlichen Zusammenleben entgegensteht, es stört und zersetzt. Das Gerücht beinhaltet die schreckliche Botschaft, dass Wert und Gut einer vermeintlich intakten Gemeinschaft durch eine Gruppe von Menschen bedroht wird. Den angeblichen Eigenschaften dieser Gruppe werden Raffinesse und Intelligenz nachgesagt, was Wut und Ohnmacht bei der scheinbar bedrohten Gemeinschaft auslöst. Dieses Gerücht, obgleich nur eine Projektion, eine Angst bzw. eine Abspaltung eigener Eigenschaften, ist sehr, sehr alt und hat über Jahrhunderte seinen Dienst getan, indem es Juden unterstellte, für alles Dunkle, Unverständliche und Böse verantwortlich zu sein. Wir alle wissen, welche barbarischen und vernichtenden Folgen das hatte.

Heute gilt in der aufgeklärten Welt solche Art Antisemitismus als Relikt einer überwundenen Zeit und Ideologie. Lediglich einige extreme Neonazis, die ohnehin eine Minderheit sind, sollen noch diesem düsteren Menschenbild frönen, heißt es. In einem Expertengespräch fragten hochrangige Regierungsbeamte, ob denn wirklich alle NPD-Anhänger auch Antisemiten seien. Nicht einmal den Vertretern der Demokratie scheint es also eine gesicherte Erkenntnis zu sein, dass eine zentrale Ideologiefigur der Rechtsextremen auch heute Antisemitismus ist. Verfassungsfeindlich ja, aber auch antisemitisch? Das so genannte geschlossen antisemitische Weltbild kommt, nach Annahme vieler Menschen, offenbar nur noch ganz vereinzelt vor. Stimmt das so und wenn ja, sollte man diese kleine Minderheit nicht besser ignorieren? Sollte man nicht einfach warten, bis dieser mutmaßliche Rest von Unvernunft gewissermaßen ausstirbt? Nun, die Wissenschaftler geben darauf eine negative und differenzierte Antwort. Sie sagen, das geschlossen antisemitische Weltbild gibt es, es liegt bei 15 bis 20% der Bevölkerung. Allerdings gibt es Antisemitismus nicht nur als geschlossene Universaleinstellung. Bei vielen Befragten finden sich auch Teile dieser Ideologie, Elemente des Antisemitismus, einzelne Einstellungsfacetten. Und da liegen die Zahlen weitaus höher: nur 11 % aller Bundesdeutschen gelten als frei von Antisemitismen jeglicher Art!

Gewiss besteht ein Unterschied zwischen jemandem, der bewusst Juden hasst und für alles verantwortlich macht und Menschen, die in antisemitischen Klischees denken und fühlen, sich dessen aber überhaupt nicht bewusst sind. Es sind politische, soziale oder kulturelle Bilder, in denen sich die alte Idee versteckt. Sie lagern dort wie in Kokons, gut verpackt und vor dem ersten Blick verborgen. Doch die Wissenschaftler haben auch herausgefunden, dass diese Verpackungen sich immer wieder öffnen, wenn sich die Gelegenheit ergibt oder eine allgemeine Stimmung dazu animiert. Da solche Stimmungstendenzen ansteigen, gibt es Grund zur Sorge.

Einer dieser Kokons ist die Haltung zu Israel und in diesem Zusammenhang auch eine spezifische Bewertung einer weltweiten, um nicht zu sagen globalisierten Konfliktlage. In dieser Angelegenheit zwischen Antisemitismus und Kritik zu unterscheiden, ist nicht so schwer. Inzwischen gibt es anerkannte und eindeutige Kriterien, die eine ausdrückliche Differenzierung möglich machen. Den Holocaust zu leugnen, ist antisemitisch, auch wenn dabei Israel als legitimer Staat anerkannt wird. Israels Existenzrecht zu bestreiten, ist antisemitisch. Dies geschieht, wann immer Israel als das Dämonische schlechthin bezeichnet und ihm auf diese Weise die Legitimität seiner Existenz entzogen wird. Auch wer Israel mit dem Nationalsozialismus gleichsetzt, muss es sich gefallen lassen, als Antisemit bezeichnet zu werden und wer eine mehr oder weniger verborgene Weltmacht der »Zionisten“ herbei fantasiert, ebenso. Oft ist die Bezeich-

nung Zionist – gerade außerhalb Israels – ein Synonym für Juden. Und auch das ist antisemitisch. Alle Juden, die irgendwo auf dieser Welt leben, für die Politik des Staates Israel verantwortlich zu machen, bedeutet, die Juden von anderen Menschen zu unterscheiden und ihnen zu unterstellen, nicht als Menschen, sondern als Angehörige einer Gruppe zu werten und zu handeln. Das gleiche gilt natürlich auch für die Einwohner Israels. Wenn man sämtlichen Bürgern Israels nachsagt, Teil eines geheimen Plans zur Weltverschwörung zu sein, an dem sie willentlich oder gar unwillentlich mitwirken, dann ist das antisemitisch.



Schändung des Marx-Engels-Denkmals im November 2005 in Berlin

Solche Haltungen sind in der heutigen Zeit sehr verbreitet. Man findet sie in bürgerlichen Kreisen, in ideologischen Gruppen der rechten, aber auch linken Szene, bei Globalisierungskritikern, bei Einwanderern vor allem aus muslimisch geprägten Ländern. Oft hängt daran ein ganzes System von Interpretationen der Welt und ihrer Übel, an deren Ende dann »die Juden« stehen, die angeblich aus dem Unglück anderer ihren Reichtum schöpfen. Was sonst als uralter, klassischer Antisemitismus steckt hinter einer derartigen Idee von Verschwörung?

Die zweite Frage ist, ob man gegen diesen Zustand etwas tun sollte und wenn ja, was genau und auf welche Weise? Um dies konkret zu beantworten, ist ein Blick nach Ostdeutschland hilfreich. Auch die DDR war nach Krieg und Verbrechen, nach der industriellen Ermordung der Juden in Deutschland und Europa in der Pflicht, sich der Schuld und Verantwortung zu stellen. Sie war ja der östliche Teil desselben Täterlandes Deutschland wie der Westen auch. Und nicht zu vergessen: die deutsche Spaltung entstand als Folge der deutschen Verbrechen. Während die Aufarbeitung im Westen sehr spät und oft inkonsequent stattfand, wurde sie im Osten mit einem ideologischen Handstrich für erledigt erklärt. Die DDR war sozusagen von Geburt an ‚antifaschistisch'. Daher brauchten keinerlei Fragen zu staatlicher oder individueller Verantwortung aufgearbeitet werden, die sich mit den ideologischen Grundlagen der deutschen Vergangenheit beschäftigten. Wenn man Antisemitismus ausschließlich als Folge von Kapitalismus versteht und den dann abschafft, gibt es keinen Anlass weiter nachzudenken über derlei gesellschaftspolitische »Kinderkrankheiten«. Wenn der Faschismus – der Begriff Nationalsozialismus war im Sozialismus verpönt – also das Produkt des ‚Monopolkapitalismus' war, dann ist das Volk nur sein Opfer und die Individuen im besten Fall tapfere Helden im Widerstand und im schlechteren Fall lediglich Verführte. Die Täter waren nach dieser Lesart Teil des ›Ausbeutersystems‹. Ist kein Ausbeutersystem mehr vorhanden, gibt es keine Täter und damit auch keine Antisemiten mehr. Als Folge davon war der Bedarf, sich mit diesem spezifischen Problem der Vergangenheit auseinanderzusetzen, ebenfalls verschwunden.

Wenn man von staatlicher Seite einen solchen Generalablass erteilt, dann entsteht ein Problem im Umgang mit den Opfern. Um an der Idee festzuhalten, dass es außer den ökonomischen keine weiteren Ursachen für den Faschismus gab, mussten die jüdischen Opfer unsichtbar gemacht werden. Und so geschah es auch. Die Toten der Konzentrationslager waren nicht Juden, sondern Holländer, Polen, Ungarn, Deutsche usw., die dem Eroberungswahn des »Hitlerfaschismus« im Wege standen. Nun, es wurde nicht vollständig verheimlicht, dass es auch jüdische Opfer gab, doch das Wesen des Antisemitismus und der Befall eines Großteils der deutschen Bevölkerung entzogen sich der Erklärung. Auf diese Weise hat das Weiterleben des Antisemitismus nicht verhindert werden können.

Wenn es richtig wäre, dass der Antisemitismus durch ein Drüber-Hinwegsehen quasi von selbst verschwindet, dann dürfte es ihn heute im Osten nicht mehr geben, ebenso wenig wie den Rechtsextremismus. Doch das ist leider nicht der Fall. Aus dieser Feststellung muss vielmehr geschlossen werden, dass es keinesfalls weiterbringt, sich nicht auseinander zu setzen. Im Gegenteil: die Kokons, in denen der Antisemitismus stekkte, konnten ungehindert überwintern und dabei reifen. Nun tritt hervor, was damals nicht verhandelt wurde: der Hass auf die Juden, die Idee einer Verschwörung des »jüdischen Kapitals« und eine ungerechte und ressentimentbeladene Feindschaft gegen Israel und alles, was es verkörpert.

Wenn also Verschweigen und Entschulden nicht hilft, was kann man dann tun? Der moralische Appell als einzige Form, dem Antisemitismus entgegen zu treten, nützt nicht viel. Im Gegenteil, gerade weil es außer dem Appellieren wenig andere politische Ausdrucksformen in der DDR gab, wird dieser zu Recht als leer und wirkungslos empfunden. Dennoch ist es wichtig, die Koordinaten der Moral und damit der geistigen Beschaffenheit der Demokratie deutlich zu machen. Die Ächtung des Antisemitismus, gerade in der und durch die Öffentlichkeit, ist dringend notwenig. Diese Öffentlichkeit muss kritisch sein und gleichzeitig ihren Beitrag dazu leisten, den Antisemitismus zu bekämpfen. Wie aber macht man das? Einige meinen, es hätte keinen Sinn, etwas zu tun. Antisemitismus sei eine so alte und eingefleischte Zivilisationskrankheit, die noch dazu sehr gut zur Komplexität der modernen, globalisierten Welt passt, dass es aussichtslos sei, dagegen ein Mittel zu suchen. Doch nichts zu tun, verschlimmert die Dinge und deshalb müssen interessante und gute, vorbildliche Projekte entwickelt werden. Denn nichts sollte als gegeben hingenommen werden – auch nicht und gerade nicht der Antisemitismus.

Die Amadeu Antonio Stiftung beschäftigt sich intensiv mit der Frage, wie solche Projekte wirksam arbeiten könnten. Gemeinsam mit Partnern wurde in den letzten Jahren sehr viel diskutiert, ausgetauscht, ausprobiert und entwickelt. Die Erfahrungen wurden zusammengetragen und geordnet, so dass sie für andere von Nutzen sind. Eine erste Bilanz dazu findet sich in dieser Broschüre. Hier spiegelt sich die Arbeit aller Mitarbeiter und Partner, ihre Kreativität, ihr Engagement und – unerlässlich – auch ihr Mut, denn leider gab und gibt es immer noch viele aggressive Reaktionen auf dieses Thema.

Gelungene Praxis gegen Antisemitismus muss, trotz mancher Schwächen dieses Ansatzes, intensiv auf Bildung und Aufklärung setzen. Jede Generation braucht beides, wenngleich in angemessener und auf ihre jeweilige Situation abgestimmter Form. Bildung und Aufklärung sind für alle wichtig, nicht nur für die Kinder im Unterricht, sondern insbesondere für Lehrer, für Eltern und überhaupt für Erwachsene. Die besten Ergebnisse erzielt man bei beiden Adressaten, wenn Bildung und Aufklärung an konkrete Dinge, Vorgänge oder Konflikte im Alltag der eigenen Umgebung anknüpfen. Es muss bewusst gemacht werden, dass es nicht irgendwo oder irgendwann in der Vergangenheit Probleme gab, sondern dass diese hier und jetzt vorhanden sind. Dabei kann es zu sehr lehrreichen und manchmal auch schmerzhaften Erlebnissen kommen. Je direkter die Begegnungen, je praxisorientierter die Aktionen nach antisemitischen Vorfällen, desto intensiver sind die Erfahrungen und Eindrücke der Teilnehmenden. Wenn es dann noch dazu kommt, dass Initiativen gemeinsam Vorfälle bearbeiten, dazu recherchieren und sich austauschen, entsteht ein Netz von Bürgern, das sich kümmert und nicht einfach wegschaut, wenn etwas passiert. Solche Kooperation und gute Partnerschaft ist eine wichtige Voraussetzung, um etwas zu verändern.

Antisemitismus mag eine Zivilisationskrankheit sein oder eine Gesellschaftstheorie, aber er trifft eben auch Menschen: Juden, die von Antisemitismus direkt betroffen sind, andere, die als Juden stigmatisiert werden und jene, die Verantwortung zeigen und offen gegen Antisemitismus eintreten. Die direkte Hilfe bei antisemitischen Straftaten ist von größtem Wert für die Betroffenen. Bei aller moralischen Empörung, die entstehen sollte, dürfen diejenigen nicht vergessen werden, gegen die sich der Hass richtet und um die sich konkret gekümmert werden muss.

Nach diesen Grundsätzen sind interessante Projektideen, Handlungsansätze und sogar das Drehbuch zu einem Computerspiel entstanden. Alle hier gezeigten Erfahrungen wurden erprobt und mit Wissenschaftlern diskutiert. Bekämpfung von Antisemitismus erfordert jedoch viel mehr als diese ersten Ergebnisse der Arbeit der Amadeu Antonio Stiftung und ihrer Partner. Deshalb kann dieses Heft nur als ein Stück »work in progress« gelten, als eine Baustelle, auf der etwas Tragfähiges entstehen soll, das sich dem anschwellenden Druck durch die alte, neue Krankheit Antisemitismus gewachsen sieht.
Sich daran zu beteiligen, liegt auch an Ihnen.

Neue Formen des Antisemitismus in Europa

Von Lars Rensmann

Im Übergang zum 21. Jahrhundert hat sich ein lange überwunden geglaubtes Phänomen in der politischen Kultur zurückgemeldet: In Deutschland und Europa ist eine Renaissance von Antisemitismus zu beobachten, die über das (rechts-) extremistische Spektrum hinausreicht. Trotz rechtlicher Barrieren und politisch-kultureller Diskreditierungen von Judenfeindschaft in den liberalen, post-industriellen Demokratien Europas hat sich Antisemitismus, teils in neuen Formen, teils durch neue post-industrielle Medien und subtile Codes, teils in erstaunlicher Offenheit als gesellschaftliches Problem zurückgemeldet. Mithin ist dabei auch eine Erosion der Grenzen dessen, was sich im Raum des demokratisch Sagbaren bewegt, zu beobachten.

Antisemitismus kann in seiner generalisierten Dimension als Vorurteil über Juden verstanden werden, als eine stereotype Zuschreibungspraxis gegen Juden als eine Minderheit. Antisemitismus fungiert, im Unterschied zu anderen Vorurteilen, aber auch spezifisch als ein Deutungsmuster, das die Probleme einer Nation und die Prozesse einer zunehmend unübersichtlichen, globalisierten, komplexen modernen Welt als Wirken von Juden (»Drahtzieher«) griffig, mithilfe tradierter Klischees personifiziert. Oftmals werden dafür heute Codes verwendet: Statt »jüdischer Weltverschwörung« wird eine weltumspannende »zionistische Macht« gesichtet, die die Medien kontrolliere, oder die »Wall Street«, Tel Aviv und die »amerikanische Ostküste« werden als Zentren einer heimlichen Weltherrschaft und Drahtzieher der Globalisierung imaginiert.

Die gesellschaftliche Bedeutung antisemitischer Vorurteile und Deutungsmuster hat vor allem seit der Jahrtausendwende zugenommen. Der neue Antisemitismus greift die Terror-Anschläge von New York und Washington, den Beginn der »zweiten Intifada« und neue Diskurse über Globalisierung und ihre sozialen Folgen auf und deutet jene gesellschaftlichen Veränderungen und weltpolitischen Ereignisse als Verschwörung der winzigen jüdischen Minderheit.
In einer quantitativen Erhebung sehen Elmar Brähler und Horst-Eberhard Richter ei-





nen »dramatischen Anstieg des Antisemitismus« nach 1999. So wird die antisemitische Welterklärung, Juden seien für die Probleme der Welt verantwortlich, nun von mehr Menschen geteilt: 22% meinen im Jahre 2002 (1999: 14%), die Juden seien »daran schuld, dass wir so große Weltkonflikte haben.« Heute ist es 36% verständlich (gegenüber 20% 1999), dass »manchen Leuten Juden unangenehm sind«. Nur noch 38% (gegenüber 56% 1999) ist dies unverständlich – die Minderheit. Darunter ist jeder Vierte PDS- oder Grünen-Wähler, 40% sind es bei der CDU. [1]

Gerade über das Thema Nahostkonflikt verschafft sich in Deutschland und Europa heute ein neuer Antisemitismus Gehör, der sich im Hass auf Israel als einem kollektivierten Juden äußert. Hierbei werden, teils im neuen Gewand menschenrechtlicher und kosmopolitischer Ansprüche, die alten Vorurteile über Juden als »künstliche«, »zivilisationsfeindliche«, »zersetzende«, »skrupellose«, »macht- und geldgierige« »Ritualmörder« und »neue Nazis« ventiliert.

Laut einer neuen Studie von Heitmeyer u. a. ist insbesondere ein signifikanter Anstieg antisemitischer Einstellungen im Kontext von Israelfeindschaft zu beobachten, die auch bei Jugendlichen eine »negative Entwicklung des Meinungsklimas« [2] in Bezug auf Antisemitismus induziert hat. In jüngsten Einstellungserhebungen äußern 17,4% der Deutschen, Juden seien an ihren Verfolgungen mitschuldig; 44,4% können »bei der Politik, die Israel macht, verstehen, dass man etwas gegen Juden hat«; 31,7% meinen

sogar, durch die israelische Politik würden ihnen »die Juden immer unsympathischer«; 68,3% der Deutschen stimmen eher oder voll und ganz der Aussage zu, dass Israel einen »Vernichtungskrieg« gegen die Palästinenser führe. Solche Gleichsetzungen relativieren den Holocaust und dämonisieren den jüdischen Staat; und es erklären 51,2% eher oder voll und ganz, was der Staat Israel heute mit den Palästinensern mache, sei im Prinzip auch nichts anderes als das, was die Nazis im Dritten Reich mit den Juden gemacht haben. Demnach sind israelfeindliche Einstellungen in die Mitte der deutschen Gesellschaft eingedrungen.[3]

Insgesamt erscheint die Bereitschaft in Deutschland, judenfeindliche Vorurteile öffentlich zu machen, gestiegen und Antisemiten nutzen die perzipierte soziale Akzeptanz, um sich nicht mehr anonymisiert zu Wort zu melden und etwa jüdische Gemeinden mit Schimpfbriefen zu belagern. Dabei finden Vorurteile, ja antisemitische Karikaturen und dämonisierende Gleichsetzungen von Israel, Juden und Nazismus jüngst erstmals Eingang selbst in etablierte bundesdeutsche Medien.

Analog hierzu gibt es Entwicklungen in der europäischen Öffentlichkeit: In der bedeutenden französischen Tageszeitung Le Monde erschien 2002 ein antisemitischer Artikel unter dem Titel »Israel-Palästina: Der Krebs«, der jüngst von einem französischen Gericht wegen »rassistischer Diskriminierung« geahndet worden ist; die führende spanische Tageszeitung El Pais publizierte einen Cartoon mit Sharon und Hitler-Bart, wodurch der Holocaust in antisemitischer Wendung relativiert wird; die führende linksliberale italienische Tageszeitung La Repubblica veröffentlichte schon im Oktober 2001 auf ihrer Website die antisemitischen »Protokolle der Weisen von Zion«, ohne jegliche historische Erklärung, aber mit dem Hinweis, sie würden dem Leser helfen zu verstehen, warum die USA militärische Aktionen in Afghanistan unternimmt – um nur einige Beispiele einer Diskursöffnung zu nennen.[4] Im Besonderen sind ein vorgeblich »weltweiter Zionismus« und der Nahostkonflikt zu einem zentralen Agitations- und Mobilisierungsthema extremistischer Kräfte in Europa geworden, die sich des Nahen Ostens als eine Art antisemitische Projektionsfläche bedienen.

Neben islamistischen Akteuren, die in Minderheiten- Communities Fuß gefasst haben, treten dabei in jüngerer Zeit vor allem Mobilisierungen der extremen Rechten, aber auch von Teilen der extremen Linken hervor, die sich als »antizionistisch« und »antiimperialistisch« definieren, »Solidarität mit der Hamas« (antiimperialista.com) fordern und von einem judenfreien, »arabischen Palästina vom Jordan bis ans Mittelmeer«[5] träumen. Im Zuge der Wahlerfolge rechtsextremer Akteure (allen voran der NPD) haben zudem antisemitische Straf- und Gewalttaten zugenommen. Die Landtags-Auftritte der neo-nazistischen NPD, mit 9,2% (2004) drittstärkste politische Kraft in Sachsen, stellen einen Höhepunkt eines neuen politischen Antisemitismus dar. Ähnliche Entwicklungen zeigen sich wiederum auch in anderen europäischen und nicht-europäischen Ländern.



Das Bild vom »Goldenen Kalb« sowie die Gleichsetzung der »amerikanischen Ostküste« mit dem Kapitalismus gehen auf antisemitische Denkfiguren zurück. Besonders in Teilen der Antiglobalisierungsbewegung finden sich Strömungen, die die antisemitische Trennung in »raffendes« (»schlechtes, jüdisches«) und »schaffendes« (»gutes, nicht-jüdisches«) Kapital wieder aufleben lassen, wie hier bei einer Demonstration in Davos. Das »Goldene Kalb« gilt als Symbol für eine Huldigung des Geldes. Es geht zurück auf die Geschichte vom Auszug des Volkes Israel aus Ägypten und symbolisiert den Verstoß gegen die zehn Gebote.
Foto: ap

So trat etwa der ungarische Rechtsextremist Istvan Czurkas mit offen antisemitischen Parolen zur Parlamentswahl 2002 an und in Italien hat sich die neonazistische Gruppe Forza Nuova gemeinsam mit den ultraklerikalen Abtreibungsgegnern Militia Christi dem »Kampf gegen den Zionismus« verschrieben.[6] Im internationalen Rechtsextremismus erscheinen internationale Organisationen wie WHO, WTO oder Weltwirtschaftsforum als »jüdische Agenturen«, die USA vielfach als ein »Zionist Occupied Government« (ZOG).
Schneisen eines neuen Antisemitismus finden sich zuletzt ferner in Teilen der ›linken‹ Anti-Globalisierungsbewegung; mit israelfeindlichen Boykotten und »in ihrer Parteinahme für die Palästinenser und gegen den jüdischen Staat,« so Thomas Haury, »propagieren Teile dieser Bewegung die gleichen antizionistischen Positionen wie die orthodoxen Antiimperialisten.«[7] Eine Erklärung der globalisierungskritischen Organisation Attac vom 18.Oktober 2003 belegt, dass für Attac die Parteinahme für die Palästinenser integraler Bestandteil des Kampfes gegen die neoliberale Globalisierung sei, ja dieser sei mit jenem »untrennbar verbunden«.[8] Dies ermöglicht Arenen für einen ›linken‹ Antisemitismus, der sich nicht als solcher definiert. Doch es gibt sogar Anzeichen von Querfront-Bestrebungen; im Internet kursieren rechtsextreme Verschwörungstheorien und Publikationen vermehrt auf linken Web-Seiten. Gemeinsame antiisraelische Demonstrationen von Islamisten und Linken sind weitere Signale.
Ohnehin scheint die neue Blüte antijüdischer Weltverschwörungstheorien (und entsprechender Bestseller auf dem internationalen Buchmarkt auch seitens etablierter Verlage) nicht zu vergehen, die seit Jahren floriert. Gerade für das Märchen von der jüdischen Weltverschwörung fungiert das Internet als ideales neues Medium; hier findet jeder, der ohnehin schon vermutet hat, dass »die Juden« die Welt beherrschen, was er braucht.

Antisemitische Vorurteilskomplexe begegnen uns dergestalt heute in diversen Formen und auf unterschiedlichen Ebenen, sie sind oftmals zunehmend weniger codiert. Ohne jeden Alarmismus kann konstatiert werden, dass neue judenfeindliche Ideologeme und Mobilisierungsformen an Akzeptanz gewonnen haben. Insgesamt ist zumindest eine Veränderung bestimmter mühsam etablierter politisch-kultureller Vorurteilsrepressionen und Diskursgrenzen zu beobachten. Die empirische Forschung zeigt u.a., dass sich die politische Skandalisierungsschwelle gegenüber Antisemitismus sukzessiv erhöht hat.[9] Antisemitismus ist jedenfalls kein Gespenst der Vergangenheit. Die Frage wird auch künftig sein, wie viel davon sich die demokratische Gesellschaft erlaubt und wie viel sie in dessen Bekämpfung investiert.

*Lars Rensmann, *1970, Dr. Phil., Politikwissenschaftler, u.a. leitet er die Forschungsabteilung Rechtsextremismus am Moses Mendelssohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien an der Universität Potsdam. Er hat zahlreiche Veröffentlichungen zum Themenbereich, zuletzt: »Nahostkonflikt und Globalisierung als neue politische Mobilisierungsfelder in der extremen Rechten und Linken: Politische Ventile von judenfeindlicher Diskriminierungsbereitschaft?« Zeitschrift für Genozidforschung 6 (2005).*

1 Vgl. Elmar Brähler/Horst-Eberhard Richter, Politische Einstellungen in Deutschland: Ergebnisse einer repräsentativen Erhebung, Frankfurt a.M. 2002, S.2ff.
2 Siehe Werner Bergmann, Die Verbreitung antisemitischer Einstellungen in der Bundesrepublik Deutschland, in: Bundesministerium des Innern (Hg.), Extremismus in Deutschland: Erscheinungsformen und aktuelle Bestandsaufnahme, Berlin 2004, S.25-55, hier S.28.
3 Siehe Aribert Heyder/Julia Iser/Peter Schmidt, Israelkritik oder Antisemitismus: Meinungsbildung zwischen Öffentlichkeit, Medien und Tabus, in: Wilhelm Heitmeyer (Hg.), Deutsche Zustände: Folge 3, Frankfurt a.M. 2005, S.144-165, hier S.150f.
4 Zitiert nach Tom Gross, Antisemitism at ›Le Monde‹ and beyond, in: The Wall Street Journal Europe, 2.6.2005. Die größte griechische Zeitung, Eleftherotypia, erblickte gar einen »Holocaust II«.
5 Zitiert nach ibid.
6 Vgl. Margret Chatwin, Die Rolle des Antisemitismus im Rechtsextremismus, in: Thomas Grumke/Bernd Wagner (Hg.), Handbuch Rechtsradikalismus, Opladen 2002, S.184.
7 Thomas Haury, Der neue Antisemitismusstreit in der deutschen Linken, in: Doron Rabinovici/Natan Sznaider/Ulrich Speck (Hrsg.), Neuer Antisemitismus? Frankfurt a.M. 2004, S.166.
8 Zitiert nach Philipp Gessler, Der neue Antisemitismus, Freiburg 2004, S.85.
9 Vgl. Wilhelm Heitmeyer/Werner Bergmann, Antisemitismus: Verliert die Vorurteilsrepression ihre Wirkung? In: Wilhelm Heitmeyer (Hg.), Deutsche Zustände, Frankfurt a.M. 2005, S.224-238; vgl. auch Lars Rensmann, Demokratie und Judenbild, S.482ff.

Antisemitismus in den neuen Bundesländern

Von Anetta Kahane und Heike Radvan

Betrachtet man, in welcher Form Antisemitismus heute in den neuen Bundesländern auftritt, werden spezifische Ausprägungen deutlich, deren Ursachen in der Geschichte der DDR liegen. Die ostdeutsche Geschichte des Antisemitismus wurde bislang kaum thematisiert. Lediglich in der Fachliteratur arbeiteten Wissenschaftler verschiedene Aspekte auf und dokumentierten sie teilweise; in der Bevölkerung ist jedoch sehr wenig darüber bekannt. Antisemitismus in der DDR aufzuarbeiten ist wichtig, um ihn in der Gegenwart zurückdrängen zu können. Ohne eine kritische Auseinandersetzung mit der Geschichte werden Feindbilder tradiert und es entsteht keine Sensibilität gegenüber den aktuellen Ausdrucksformen von Antisemitismus. In der Gegenwart äußert sich das in den neuen Bundesländern häufig darin, dass antisemitische Schmierereien selten als solche erkannt werden, Schändungen jüdischer Friedhöfe über längere Zeit unbeachtet bleiben und keinerlei zivilgesellschaftliche Reaktionen auf Vorfälle stattfinden und wenn, dann nur von wenigen Personen unterstützt. Verdrängung ist an der Tagesordnung und auf unmittelbare Empörung gegenüber Antisemitismus stößt man zu selten.

Öffentliches Schweigen

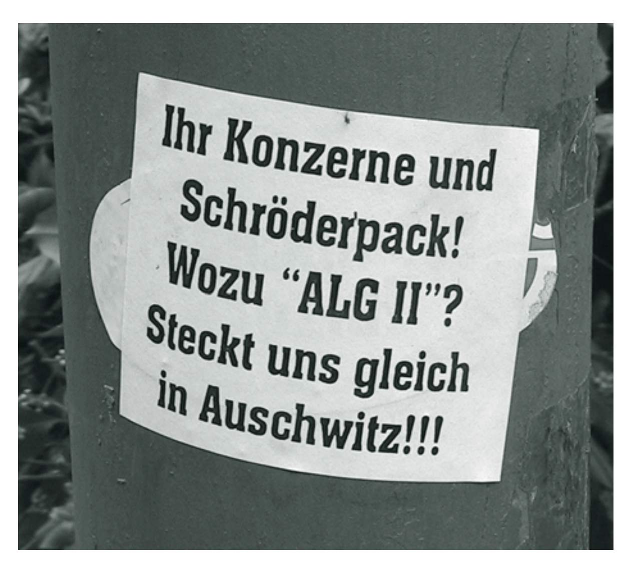
Die öffentliche Auseinandersetzung mit Antisemitismus war in der DDR Teil einer ideologischen Interpretation der Geschichte, die Faschismus als Spielart des Kapitalismus und der damit verbundenen Klassenkämpfe verstand. Der Staat stellte sich öffentlich und auf einer symbolischen Ebene gegen Antisemitismus, doch eine wirkliche Auseinandersetzung, die die konkreten und persönlichen Verhaltens- und Denkweisen problematisiert hätte, fand nicht statt. Sie hätte u.a. eine unbequeme Diskussion über das Verhältnis zwischen autoritärer Staatsmacht und persönlicher Verantwortung sowie eine Ideologiekritik mit sich gebracht und wurde daher weitgehend unterdrückt. Juden und das Judentum waren in der DDR-Öffentlichkeit weitgehend unsichtbar. Fast bis zum Ende der DDR herrschte völliges Schweigen über jüdisches Leben und über jüdische Geschichte und Kultur. Schon das Wort »Jude« wurde in der Öffentlichkeit gemieden. Ähnlich wie in Westdeutschland blieben antisemitische Einstellungen im Privaten, in der Familie und im Freundeskreis wie in Vereinen und am Stammtisch bestehen.

Rechtsextreme Demonstration



Erinnerung an den Holocaust

In der öffentlichen Erinnerungskultur in der DDR, die den Opfern des Nationalsozialismus gewidmet war, war es nicht beabsichtigt, die jüdischen Opfer auch als Juden sichtbar zu machen. So erschienen die Millionen Toten, ermordet in den deutschen Vernichtungslagern, in Geschichtsbüchern oder Gedenkstätten nicht als Opfer, die wegen ihrer Eigenschaften als Juden umgebracht wurden; man sprach von Polen, Holländern, Franzosen in den KZs und verwischte damit die von der Bevölkerung mitgetragene antisemitische Vernichtungswut der Nationalsozialisten. Diese Art der Tabuisierung des Holocaust kann als eine besondere Form der Verdrängung und Verfälschung deutscher Tätergeschichte mit ihrer zentralen Ideologie – dem Antisemitismus – bewertet werden. Gleichzeitig erzeugte dieses Tabu eine aggressive Missachtung und Abwertung der Verfolgungsgeschichte von Jüdinnen und Juden.
Dem widerspricht keineswegs, dass einzelne, antisemitische Vorkommnisse hart verfolgt und bestraft wurden, denn ihnen folgte keinerlei Debatte über die Schuld und Beteiligung der eigenen Bevölkerung an Massenmord und Bereicherung. Die Sichtweise der DDR auf den »Hitlerfaschismus« exkulpierte das »deutsche Volk« als Ver-





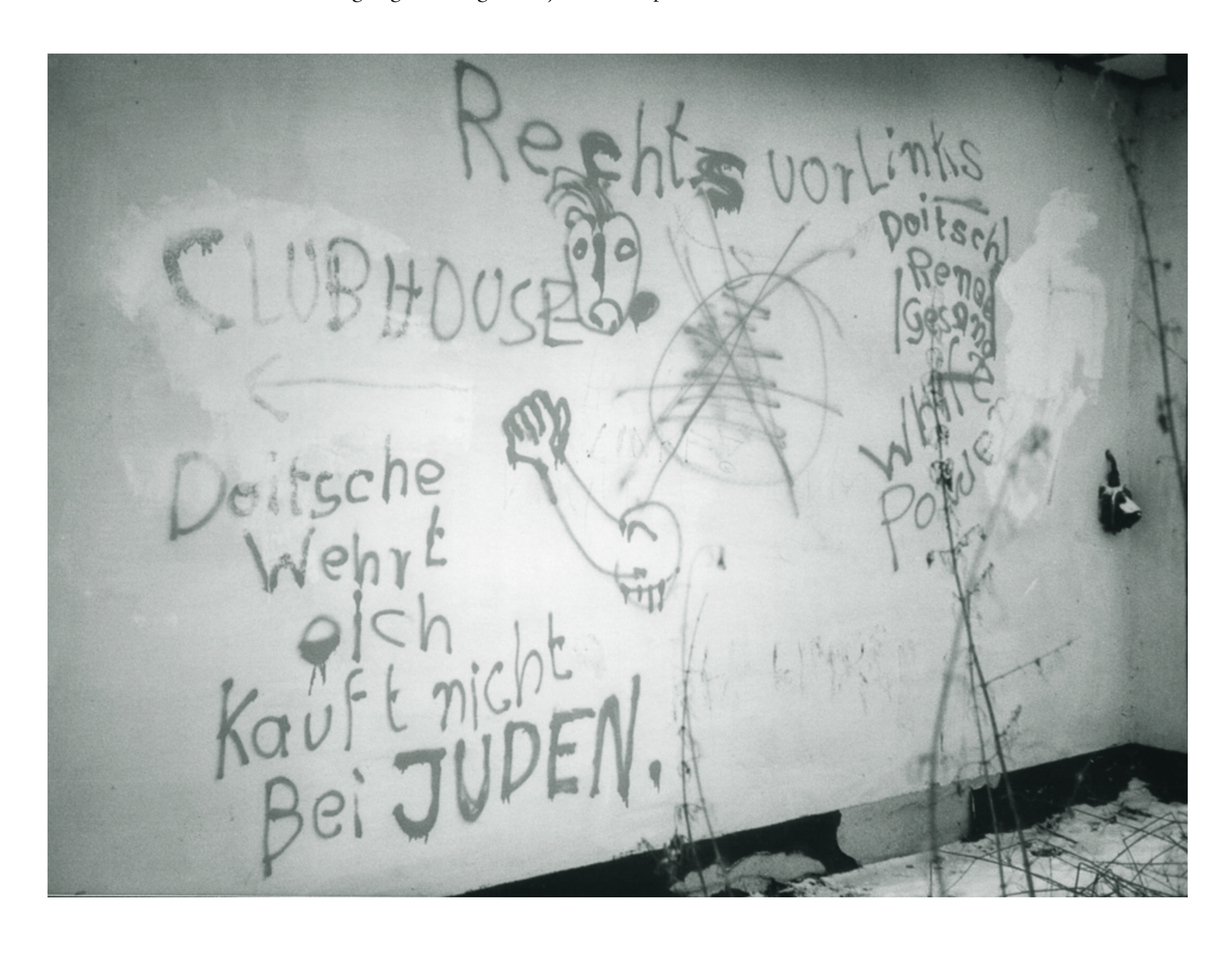


Nicht selten verwendet eine pauschalisierende Kritik am Kapitalismus antisemitische Stereotype und Feindbilder. Nicht nur in der rechtsextremen und islamistischen Szene, auch in der globalisierungskritischen Bewegung werden geschichtsrelativierende Vergleiche geäußert, in denen die Verbrechen, die in Auschwitz passiert sind, mit der Gegenwart gleichgesetzt und damit verharmlost werden.

führte und Betrogene. Eine persönliche Auseinandersetzung mit den nationalsozialistischen Verbrechen hat innerhalb der meisten Familien nicht stattgefunden und war auch vom Staat nicht gewollt. Die mögliche Beteiligung von Angehörigen als Mitläufer, Mittäter oder Täter an den Verbrechen im Nationalsozialismus und der Shoah blieben so weiter ausgeblendet.

Israelfeindschaft als Umwegkommunikation

Da die traditionellen Formen von Antisemitismus in der DDR durch die Ideologie verdeckt und durch das Tabu verschwiegen wurden, hat sich der Antisemitismus eine Art Umweg in der Kommunikation gesucht. Die politische Propaganda, öffentlich und aggressiv in Medien und Betrieben geführt, nutzte den antisemitischen Resonanzboden in der Bevölkerung für ihre Feindschaft gegenüber Israel. Seit seiner Gründung 1949 und der Abwendung der UdSSR von dem sich in eine kapitalistische Richtung entwickelnden jüdischen Staat, wurde Israel in Anwendung antisemitischer Stereotypen stigmatisiert und dämonisiert. Die Gesellschaftsanalyse in der DDR war von einer personalisierten Kapitalismuskritik geprägt, die in ihrer Rhetorik durchaus antisemitische Elemente aufwies. In der Rede von »Agenten des US-Imperialismus«, wurde Israel als »kapitalistischer Vorposten der USA« bezeichnet, Jüdinnen und Juden wurden oft als »Kosmopoliten« betrachtet, die es im Rahmen der spätstalinistischen Kampagnen gegen »Zionismus und Kosmopolitismus« zu bekämpfen galt. Antisemitische Kampagnen in Form von Säuberungen des Parteiapparates und Schauprozessen gründeten sich Anfang der 1950er Jahre auf verschwörungstheoretischen Konstrukten und führten zur Ermordung von Jüdinnen und Juden auf dem Gebiet der Sowjetunion. Auch in der DDR waren die in dieser Zeit stattfindenden Parteiausschlussverfahren und politischen Prozesse von Antisemitismus begleitet. Exemplarisch sei der Prozess gegen Paul Merker genannt, einem ehemaligen Mitglied des Zentralkomitees der SED, der sich für Entschädigungszahlungen an jüdische Opfer einsetzte. In antise-



Antisemitische Schmiererei in der Nähe von Zwickau 1999. Foto: Marina Stroisch



mitischen Diffamierungen wurde er als »König der Juden«, als »Subjekt der USA- Finanzoligarchie« und »als Feind seines eigenen Volkes entlarvt« und zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Daneben durchsuchte die Staatssicherheit Büros der jüdischen Gemeinden und beschlagnahmte Schriftdokumente. In Folge dieser Ereignisse verließ etwa ein Viertel der jüdischen Gemeindemitglieder die DDR.
Eine besondere politisch-historische Verpflichtung der DDR gegenüber Israel wurde verneint, Verantwortung für Entschädigungen jeglicher Art abgewiesen. Stattdessen herrschte seit Mitte der 1950er Jahre ein vehementer Antizionismus, der sich unter anderem in der, die Verbrechen der Nazis relativierenden und zynischen Gleichsetzungen der israelischen Politik mit dem Nationalsozialismus zeigte. Auf diese Weise konnte die eigene Vergangenheit nun auch moralisch ad acta gelegt werden und die DDR erschien ein weiteres Mal – entsprechend ihrem Gründungsmythos – als das bessere und anständigere Deutschland.

Auswirkungen auf die Gegenwart

Nach der Wiedervereinigung tauchte der Antisemitismus nach und nach aus seiner ideologischen Verpackung wieder hervor. Besonders nach Beginn der zweiten Intifada und den Anschlägen vom 11. September entstand eine Art Wiedererkennungseffekt, der an die alten Bilder anknüpfte. Viele Verschwörungstheorien über die »Macht des Geldes« und die Drahtzieher in Tel Aviv und Washington kursierten und mischten sich mit antikapitalistischen Impulsen und Ideologieelementen verschiedener Art. Die Kette der Gleichsetzung von Imperialismus = Zionismus = Rassismus = Faschismus = Herrschaft und damit der Unterdrückung der ganzen Welt, erweckte das Bild vom zionistischen, mächtigen und vor allem kapitalistischen Juden zu neuem Leben. Ein besonders drastisches Beispiel für die internationale Popularität dieser Sichtweise ist die UNO Konferenz in Durban 2001, auf der die oben genannte Gleichsetzung propagiert wurde. In verschiedenen Äußerungen ostdeutscher Bürger kommt immer wieder zum Ausdruck, dass diese Erklärungen auf Propaganda beruht, die in der DDR über den Zionismus und die israelische Politik vermittelt wurde.
Dem entspricht auch die weit verbreitete Vorstellung, dass der islamistische Terror als berechtigter Widerstand gegen die Unterdrückung durch den Westen zu bewerten sei. Spätestens seit Beginn des Irakkrieges 2003 kann man beispielsweise auf Demonstrationen der Friedensbewegung und der Gewerkschaften in vielen Städten Ost- und Westdeutschlands dieses Verständnis für terroristische Aktionen antreffen. Dies ist keine ostdeutsche Besonderheit. Doch mit dem Verweis auf die Unterstützung der »nationalen Befreiungsbewegungen« durch die DDR wird das Verständnis für den Terror im Osten seltener kritisch hinterfragt. Darüber hinaus erinnert auch ein Slogan wie »Hitler – Bush Massenmörder Kriegstreiber«, der 2003 bei einer Friedensdemonstra-



tion der Gewerkschaften auf einem Transparent stand, an antiamerikanische und antiimperialistische Kampagnen in der DDR.
In Ostdeutschland hat sich nach der Vereinigung eine starke rechte Szene entwickelt, deren Strategie der kulturellen Subversion bereits großen Erfolg in manchen Regionen gezeigt hat. Alle rechtsradikalen Gruppierungen sind sich trotz einiger Unterschiede in ihrem manifesten Antisemitismus einig. Er bildet den Kern rechtsextremer Ideologie. Gleichzeitig greifen die Rechtsextremen mittlerweile auch immer stärker globalisierungskritische, amerika- und israelfeindliche, antikapitalistische Diskurse auf und nähern sich in ihrer Symbolik und ihren Leitfiguren stark denen der Linken an. Besonders deutlich ist dies an der Veränderung des Dresscodes in weiten Teilen der rechtsextremen Szene abzulesen. Trotz des extremen Rassismus und der aggressiven Form, mit der jegliche Einwanderung abgelehnt wird, werden islamistische Ideologien von den Rechten zuweilen toleriert bzw. respektiert, wenn sie sich mit ihrem eigenen Weltbild gut vereinbaren lassen. Dies betrifft besonders den radikalen Antisemitismus und die Abscheu gegenüber dem Westen und seinen liberalen Werten. Unter den prominenten Konvertiten zum Islam befinden sich etliche Rechtsextreme.

Fazit

Das Aufzeigen der DDR-Geschichte und der darin enthaltenen Kontinuitäten bis in die Gegenwart sowie die Entwicklung neuer Tendenzen der Israelfeindlichkeit, die auch deutlich antisemitische Feindbilder beinhalten, ist eine entscheidende Voraussetzung, um eine Sensibilisierung und eine differenziertere Wahrnehmung der aktuellen Problematik zu ermöglichen.
Oftmals besteht bereits in der Wahrnehmung antisemitischer Vorkommnisse die erste Schwierigkeit, da sich der aktuelle Antisemitismus als anschlussfähig an die staatliche, antizionistische Politik der DDR erweist. Zudem erlebt die rhetorische Gleichsetzung der Politik Israels mit der des Nationalsozialismus heute einen Aufschwung. Dies entspricht einem Entlastungswunsch, der die deutsche Schuld im Täter-Opfer Umkehrdiskurs relativieren will.
Deshalb ist jede Form der Aufklärung und das Gefühl einer gesellschaftlichen und von persönlicher Empathie getragenen Auseinandersetzung über traditionelle Formen der Judenfeindschaft, die Geschichte der Judenvernichtung im Nationalsozialismus, der Antisemitismus in der DDR bis zu den gegenwärtigen Ereignissen eine notwendige Voraussetzung, um die Wehrhaftigkeit der Zivilgesellschaft in den neuen Bundesländern gegen antisemitische Erscheinungsformen zu stärken.
Eine notwendige Bedingung wäre hier auch eine sozialwissenschaftliche Analyse über die spezifischen Ausprägungen von Antisemitismus unter der Bevölkerung in den alten und neuen Bundesländern.

Die Rolle des Antisemitismus in der rechten Szene – Ein Interview mit Matthias Adrian, Aussteiger aus der rechtsextremen Szene

Mitunter wird übersehen, dass der Hass auf Juden die zentrale Ideologiefigur im Rechtsextremismus ist. Matthias Adrian ist Aussteiger aus der rechtsextremen Szene. Als aktives Mitglied der Jungen Nationaldemokraten – der Jugendorganisation der NPD – war Matthias Adrian von einer »jüdischen Weltverschwörung« überzeugt. Nach dem Verlassen der rechten Szene hat er sich über mehrere Jahre mit diesem menschenfeindlichen Weltbild kritisch auseinandergesetzt. Heute engagiert er sich bei der Aussteigerinitiative EXIT: Er geht in Schulklassen und diskutiert mit den Schülerinnen und Schülern über die Gefahren rechtsextremer Einstellungen und Hintergründe ideologischer Argumentationen.

Amadeu Antonio Stiftung: Ist Antisemitismus eigentlich noch immer eine so zentrale Figur im Rechtsextremismus?

Matthias Adrian: Ja. Antisemitismus ist im Rechtsextremismus nach wie vor eines der wichtigsten Ideologiefragmente. Antisemitismus und Antijudaismus in der rechtsextremen Szene ziehen sich wie ein roter Faden durch alle Handlungen und Gedanken. Zum Beispiel diese Idee von der von Juden beherrschten Wallstreet, das heißt die Grundthese des angeblich jüdischen Kapitalismus, die es schon im Nationalsozialismus und auch schon davor gab, die ist nach wie vor eine Konstante, die erhalten geblieben ist. Die internen Zirkel sind vielleicht modifiziert worden, aber die »Protokolle der Weisen von Zion«, eine Hetzschrift gegen Juden, ist nach wie vor die Grundlage. Eine Veränderung, die es vielleicht gibt, ist die Abkopplung von der Rassenidee. Die Rechten sagen heute, nicht mehr so wie früher, dass die Juden eine Rasse sind, sondern die Juden sind ein eigener Kulturkreis, deren Vormachtsbestrebungen in der Religion angelegt sind. Die Fantasien vom Geld der Juden sind aber nach wie vor vorhanden.

Amadeu Antonio Stiftung: Sie waren selbst ein Mitglied der rechten Szene, wie manifestiert sich der Antisemitismus?

Matthias Adrian: Im Alltagsleben werden Juden von den Rechten für alles verantwortlich gemacht. Ich dachte damals, dass der Staat, die Regierung, die Exekutive von jüdischen Verschwörern gesteuert werden. Man lebt mit einem permanenten Verfolgungswahn. Für mich war die pyramidenförmige Spitze des Messeturms in Frankfurt, auf der Positionslichter für die Flugzeuge angebracht sind, der Beweis für die Vormacht der Juden über den Hauptfinanzplatz Europas. Das habe ich als Freimaurerpyramide gesehen und was da blinkt war nicht ein Positionslicht, sondern das Auge Zions, das über das Geld wacht. Davon war ich überzeugt. Ich erinnere mich, dass ich einmal verhaftet wurde, weil wir Flugblätter verteilten. Der Polizeichef, der mich verhörte, hat einen dicken Ring getragen. Ich habe diesen Ring sofort für einen Freimaurerring gehalten. Ich dachte, den haben sie jetzt geschickt, der kommt im direkten Auftrag der jüdischen Verschwörung. Ja, soweit geht das.

Ich erinnere mich an meinen ersten Besuch in der jüdischen Gemeinde in Mainz. Das war kurz nach meinem Prozess und wir wollten uns damals symbolisch bei den Juden entschuldigen. Ich werde nie vergessen wie wir in dieses Gebäude kamen und alles war so bunkermäßig und musste gut bewacht werden. Mir wurde dort zum ersten Mal klar, dass die Juden in Deutschland Angst haben müssen. Es war eine total umgekehrte Welt, nicht die Juden haben alle Macht und haben sich gegen uns verschworen, sondern sie müssen Angst haben. In der jüdischen Gemeinde hat man mir erzählt, dass einmal eine Schulklasse draußen eine Orangenschlacht gemacht hat und Apfelsinen ans Fenster geflogen sind. Alle im Gemeindehaus warfen sich auf den Boden, weil sie dachten, das ist ein Anschlag. Da hab ich gemerkt, was für ein Bedrohungspotential gegenüber den Juden besteht. Mittlerweile habe ich häufig Kontakt zu jüdischen Gemeinden. Es erscheint mir paradox, aber die Gerüchte über Juden, die in der rechtsextremen Szene kursieren, haben sich für mich im Nachhinein ins genaue Gegenteil verwandelt. Die Rechten glauben, dass die Juden überall Macht haben und alle Mächtigen beeinflussen. Mittlerweile weiß ich, dass die jüdischen Gemeinden vom Bürgermeister oder von Politikern oft überhaupt keine Unterstützung bekommen, sondern im Gegenteil als Problem wahrgenommen werden. Das war eine Überraschung für mich. Im Nachhinein kann ich mich darüber nur wundern.

Amadeu Antonio Stiftung: Sie sind zwar Aussteiger, haben aber immer noch Einblick in die Vorgänge der rechten Szene. Entstehen eigentlich Verbindungen zwischen Menschen, die sich für islamistische Ideologien interessieren und Neonazis?

Matthias Adrian: Ideologisch gibt es da schon Verbindungen. Auf der Strasse gibt es sie nicht; da würden sie sich prügeln, weil die einen ja »die Ausländer« und die anderen ja »die Nazis« sind! Aber das Ideologiefragment Antisemitismus verbindet sie.



Mathias Adrian (rechts) klärt auf über die Strukturen der rechten Szene. Er geht häufig an Schulen und berichtet über die Gefahren, in die rechte Szene abzurutschen. Hier auf einem Vortrag in Erfurt.

Amadeu Antonio Stiftung: Was wären denn Beispiele für solche Verbindungen?

Matthias Adrian: Horst Mahler und Udo Voigt sind beispielsweise bei einer islamistischen Konferenz an der TU Berlin aufgetaucht. Rechtsextreme beteiligen sich an der so genannten Al-Quds Demonstration gegen Israel in Berlin und rechte Webseiten unterstützen die Betreiber des Internetportals »Muslim Markt« gegen öffentliche Kritik an den islamistischen Inhalten des Portals.

Amadeu Antonio Stiftung: Welche Erfahrungen haben Sie in punkto Antisemitismus in Schulen und bei Jugendlichen gemacht?

Matthias Adrian: Ich stelle in Schulklassen immer als erstes die Frage: Wer von euch hat schon einmal rechte Musik gehört? Das ist unter den Lehrern eine gefürchtete Frage. Ungefähr 95% aller Schüler bejahen diese Frage. Musik als Medium generell und als Propagandamittel erreicht die Jugendlichen auf jeden Fall. Rechtsextreme sind mit ihrer Werbung und ihrer Musik sehr erfolgreich.

Antisemitische Inhalte in Texten rechtsextremer Musik tauchen sowohl in versteckten Andeutungen, als auch in sehr konkreten Sprüchen auf. Auf der so genannten Schulhof-CD, die im Herbst 2005 von Rechtsextremen unter Jugendlichen aktiv verteilt wurde, wurden antisemitische Attacken nicht konkret benannt, um ein Verbot der Musik oder Indizierung zu verhindern. So treten in einzelnen Songs der CD beispielsweise Dunkelmänner im Kontext mit viel Geld und Macht auf. Solche Anspielungen beinhalten kulturell tradierte Bilder, die antisemitische Stereotype darstellen. Rechtsextreme wissen ganz genau, dass damit »der Jude« gemeint ist.





Antisemitismus im Klassenzimmer

Interview mit Sanem Kleff,
Projektleiterin von »Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage«



Sanem Kleff

Das Projekt »Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage« organisiert seit 2003 auf bundesweiter Ebene »Open Space« Veranstaltungen zum Thema »Islam und Ich«. Mehr als eintausend Schülerinnen und Schüler, mit und ohne muslimischen Hintergrund, diskutierten gemeinsam darüber, was der Islam für sie persönlich bedeutet. Schnell zeigte sich, dass unter den Jugendlichen im Alter von zwölf bis achtzehn Jahren sehr viel Interesse am Thema besteht. Deutlich wurde, dass es vereinzelt muslimische Jugendliche gibt, die islamistische Argumentationen geschult vertreten. Diese Aussagen sind jedoch nicht die einzigen, mit denen Lehrerinnen und Lehrer im Klassenraum konfrontiert werden. Ebenso wichtig ist es, alltäglichen Antisemitismus der Mehrheitsgesellschaft als menschenfeindliche Äußerungen zu erkennen und ihnen wirkungsvoll entgegenzutreten.

Sanem Kleff leitet das Projekt »Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage« in Deutschland seit 2000. Sie berichtet über ihre umfangreichen Erfahrungen im Umgang mit antisemitischen Äußerungen von Schülerinnen und Schülern im Klassenraum.

Amadeu Antonio Stiftung: Begegnet Ihnen Antisemitismus unter Schülern und Schülerinnen in der Schule? Wenn ja, wie macht er sich bemerkbar?

Sanem Kleff: Ja! Antisemitismus begegnet mir in Schulen in verschiedensten Formen. Zum Einen in einer unbewusst mittransportierten Form. Da sagen Jugendliche zum Beispiel »Der ist so reich wie ein Jude« oder sie benutzen »Jude« als Schimpfwort und plappern nach, was sie so aufschnappen. Das wirkt auf den ersten Blick unproblematisch, senkt aber eine Hemmschwelle.
Dann gibt es einen halb bewussten Antisemitismus. Wenn in Gesprächen über Wirtschaft oder Politik gesagt wird: »Daran sind ja die Juden Schuld«, »Die Juden haben zu viel Einfluss auf die Weltpolitik« oder »Die Juden bestimmen in Hollywood.« Ich nenne das halb bewusst, weil auch so eine Aussage kein Beweis für ein geschlossenes antisemitisches Weltbild ist, sondern weil der Schüler oder die Schülerin das auch einfach irgendwo gehört haben kann. Sie wiederholen solche Aussagen, weil sie ihnen vermeintlich plausible Erklärungen für komplexe Zusammenhänge bieten, die ihnen einleuchten.
Und schließlich begegnen mir in Schulen Jugendliche mit bewusst antisemitischer Weltanschauung. Dieser Antisemitismus ist entweder durch ein islamistisches Weltbild begründet, bei Jugendlichen mit migrantischem Hintergrund. Das ist dann oft sehr fundiert. Diese Jugendlichen haben dazu gelesen, sie haben häufig Veranstaltungen besucht und begründen ihren Antisemitismus mit komplexen Argumenten.
Genauso ist es auch bei Jugendlichen mit rechtsextremem Hintergrund. Auch diese Schüler geben ihrer Meinung bewusst Ausdruck, sind oft geschult und sprechen auf Grund von vermeintlichem Wissen.
Schließlich gibt es noch den pseudo-linken Antisemitismus. Dieser wird im Zuge von Kapitalismuskritik oder im Zuge von Kritik an den USA oder an Israel geäußert und wird immer populärer.

Amadeu Antonio Stiftung: Welche Rolle spielen Ihrer Erfahrung nach Lehrer und Lehrerinnen in der Auseinandersetzung?

Sanem Kleff: Das ist total unterschiedlich, je nachdem welche Meinung der jeweilige Lehrer, die jeweilige Lehrerin persönlich vertritt. Je nachdem, was der Lehrer, die Lehrerin selbst schon für Antisemitismus hält und was nicht.
Die meisten Lehrer und Lehrerinnen sind heute 50 Jahre alt oder älter. Das ist die sogenannte 68er Generation, die Kinder der Tätergeneration. Dabei handelt es sich mehrheitlich um Menschen, die sich mit Antisemitismus und mit dem Holocaust sehr wohl beschäftigt haben. Viele haben eine ernsthafte Position dazu und auch noch einen persönlichen Bezug. Es ist ihnen ein zentrales Anliegen, gegen Antisemitismus zu wirken. Aber manche haben sich die Überzeugung: »Wir haben damals daraus gelernt, das wird nicht wieder passieren« angeeignet. Das ist eine Haltung, die nicht gut geeignet ist für die Arbeit mit Kindern. Ich sehe, dass es bei diesen Lehrern und Leh-

rerinnen durch deren unterschiedlich intensive, persönliche Beschäftigung mit dem Holocaust entweder zu einer Überreaktion auf Antisemitismus oder zu einer Unterreaktion kommt.
Mit Überreaktion meine ich, dass der Lehrer oder die Lehrerin sofort jeden, der auch nur irgendetwas zum Thema Juden sagt, herausgreift. Nach dem Motto: »Was hast du da gerade gesagt? Was willst du damit sagen? Warum sagst du Jude?« usw. So wird man diesen Kindern nicht gerecht. Da wird etwas in ihre Worte hineininterpretiert, das das eigentlich Gemeinte nicht trifft. Hierzu kommt es schnell, wenn die Schüler schon irgendwelche persönlichen Vorerfahrungen mit Jüdinnen und Juden haben und eigentlich diese ausdrücken wollen, z. B. wenn es sich um Kinder mit palästinensischen Wurzeln handelt, die eigentlich die Politik Israels und deren Auswirkungen auf ihre Familienmitglieder meinen.
Bei Unterreaktion denke ich an Meinungen wie »Darüber ist schon genug gesprochen worden« oder »Wir haben daraus gelernt, das wird nicht mehr passieren, darüber brauchen wir nicht mehr reden.« Auch damit tut man Kindern und Jugendlichen keinen Gefallen, weil es das Vergessen fördert und nicht die notwendige, bewusste Auseinandersetzung mit der Geschichte.

Amadeu Antonio Stiftung: Gibt es in Bezug auf die Qualität und Quantität von Antisemitismus in Schulen eine Entwicklung oder eine Tendenz?

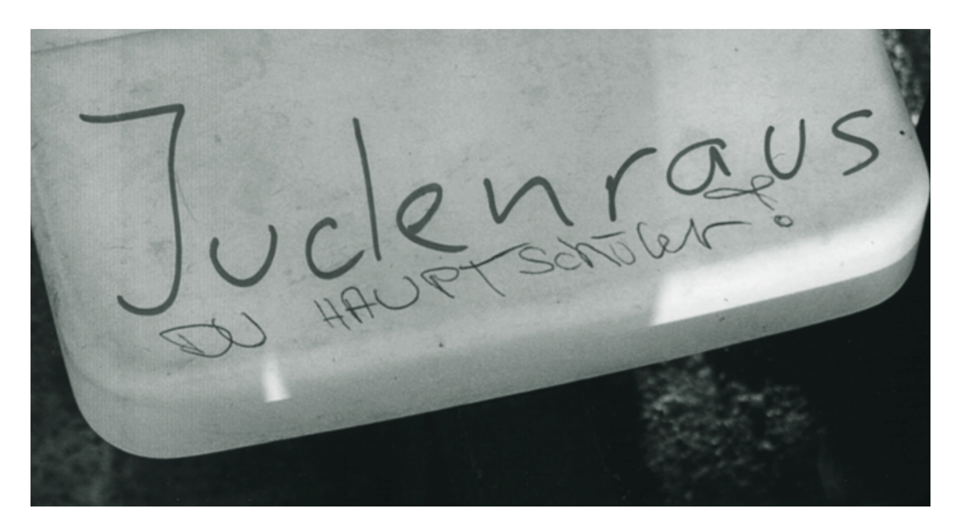
Sanem Kleff: Das ist eine sehr schwierige Frage. In den 1950er und 1960er Jahren ist das Thema zumeist totgeschwiegen worden. In den Schulen wurde kaum darüber gesprochen. Aber war deswegen der Antisemitismus nicht da oder kleiner? Das ist mit den 68ern zumindest in Westdeutschland aufgebrochen. Heute ist es soweit, dass Antisemitismus wieder deutlicher gezeigt wird. Wer antisemitische Ansichten hat, spricht diese jetzt offener aus.
Die Frage bleibt, war der Antisemitismus in der Zwischenzeit verschwunden oder hat man einfach nicht darüber geredet? Ist das besser oder schlechter, ich weiß es nicht!
Außerdem ist mit dem islamistisch bedingten Antisemitismus eine neue Form in den deutschen Schulen anzutreffen, die es früher ohnehin gar nicht gab.

Amadeu Antonio Stiftung: Was kann Schule für die Bekämpfung von Antisemitismus leisten?

Sanem Kleff: Die Schule kann keine Einzelmaßnahmen zur Bekämpfung von Antisemitismus ergreifen. Es muss sich um ein umfassendes Bündel von Maßnahmen handeln, ein ganzheitlicher Ansatz, der alle Arten von Ausgrenzung und Menschenfeindlichkeiten thematisiert.
Lehrer und Schulen müssen dafür zuerst bewusst wahrnehmen, was den Kindern im Kopf herumschwirrt! Schule muss ein Ort sein, an dem die Kinder sich trauen, Fragen aufzubringen, Fragen in den Raum zu stellen! »Die Schule«, damit meine ich die Erwachsenen an einer Schule, müssen auch das soziale und private Umfeld der Kinder kennen und begreifen.
Diese Erwachsenen müssen als ersten Schritt untereinander einen Austausch über ihre Meinungen und Haltungen betreiben. Das heißt, die Lehrer und Lehrerinnen sollten sich über ihre Positionen zu den Themen absprechen. Das ist bekannt unter dem Schlagwort »Schulprofil entwickeln«. Ein übergeordnetes, gemeinsames Schulziel ist besser als viele kleine, individuell angestrebte Einzelziele.

Amadeu Antonio Stiftung: Wie wurde bisher mit dem Thema Antisemitismus in der Schule umgegangen und welche Ansätze gibt es, die sich in der Vergangenheit als wirkungsvoll erwiesen haben?

Sanem Kleff: Auch in der Vergangenheit haben sich Maßnahmen als besonders wirksam erwiesen, die sich nicht nur punktuell mit Antisemitismus befassen, sondern in ein umfassendes, pädagogisches Maßnahmenbündel eingebunden sind. Das gibt es und gab es schon an etlichen Standorten in Deutschland.
Zusätzlich gibt es eine Reihe von Spezialmaßnahmen. Dazu gehört vor allem die Vermittlung von Informationen. Dabei muss immer die Frage gestellt werden: wie weit kommt man mit reiner Wissensvermittlung und was und wie viel bringt das? Denn Wissen und Informationen alleine reichen natürlich nicht aus, um Haltungen zu ändern. Es werden Zeitzeugengespräche sowie Treffen mit Holocaustüberlebenden organisiert. Das berührt die Schülerinnen und Schüler unmittelbar und schafft bei ihnen eine hohe Motivation, sich mit den historischen Zusammenhängen auseinander zu setzen. Dies wird naturgemäß bald leider nicht mehr möglich sein.
Unternommen werden auch Fahrten zu Konzentrationslagern und Gedenkstätten. Sehr nützlich und wichtig erscheinen mir regionale Ansätze, wie zum Beispiel die Aufarbeitung der jüdischen Geschichte der eigenen Gemeinde, oder die Aufarbeitung





NPD-Anhänger solidarisieren sich unter dem Motto der Völkerverständigung mit Palästina und den antisemitischen Terroraktionen extremistischer Vereinigungen.

des Schicksals jüdischer Schüler der jeweiligen Schule in der NS- Zeit. Solche Aktivitäten schaffen ebenfalls einen persönlichen Bezug zwischen der Geschichte und den Kindern und Jugendlichen.

Amadeu Antonio Stiftung: Was kann und sollte in Zukunft gemacht werden, welche Ideen und welche Konzepte gibt es?

Sanem Kleff: Es gibt viele engagierte Bemühungen. Allerdings beschäftigen sich die Ansätze zu ca. 70% mit dem Zusammentragen von Informationen. Das ist zu wenig. Die restlichen 30% bilden die oben beschriebenen ganzheitlichen Konzepte. Das bedeutet, dass man sich über den Geschichts- und Deutschunterricht hinaus mit Antisemitismus befasst. Gerade auch auf einer individuellen Ebene, im Sinne von Empathieförderung. Kinder und Jugendliche sollten auch die Fähigkeit erlernen sich mit sich selbst auseinander setzen zu können. Wahrzunehmen, wie geht es dem anderen, was passiert mit dem, und inwieweit hat das etwas mit mir selbst zu tun? Natürlich dürfen wir dabei das Ziel, Wissen zu vermitteln, nicht aus den Augen verlieren. Erst in der gelungenen Verbindung von kognitiven und emotionalen Lernschritten können sich Haltungen entwickeln und verinnerlicht werden.

Was tun gegen Antisemitismus?
Erfahrungen aus der Amadeu Antonio Stiftung

Bereits in den letzten Jahren beobachtete die Amadeu Antonio Stiftung, dass Antisemitismus in Deutschland wieder zu einem virulenten Problem wurde: Auf Schulhöfen wurde »Du Jude« als eines der meist benutzten Schimpfworte gebraucht, öffentliche Gebäude wurden mit antisemitischen oder israelfeindlichen Schmiereien besudelt, die Schändungen jüdischer Friedhöfe nahmen signifikant zu und auch im öffentlichen Diskurs wurden antisemitische Stereotype wieder unverblümter geäußert. Spätestens seit den Demonstrationen zu Palästina und zum Beginn des zweiten Irakkrieges 2002 und 2003, auf denen auch antiamerikanische und antisemitische Stereotype öffentlich geäußert wurden, war deutlich erkennbar, dass Antisemitismus kein ausschließliches Problem rechtsextremer und islamistischer Kreise ist. In ihrem Projekt gegen Antisemitismus beschäftigte die Mitarbeiter der Amadeu Antonio Stiftung die Frage, wie es möglich sei, auf zivilgesellschaftlicher Ebene präventiv zu arbeiten, die Wahrnehmung für das Problem zu stärken und eine öffentliche Diskussion über Gegenmaßnahmen zu initiieren. Durch das Projekt wurden praktische Antworten auf folgende Fragestellungen gegeben:

- Wie sieht die Zusammenarbeit mit der Wissenschaft aus?
- Was bedeutet Active Monitoring?
- Mit welchen Maßnahmen werden die Projektpartner unterstützt?
- Mit welchen Mitteln lässt sich eine breite Öffentlichkeit für das Problem herstellen?
- Wie kann man Lehrer und Lehrerinnen in Ihrer Konfrontation mit Antisemitismus unter Schülern unterstützen?
- In welchem Rahmen muss die Erinnerung an den Nationalsozialismus und die Vernichtung der Juden thematisiert werden?

Wie sieht die Zusammenarbeit mit der Wissenschaft aus?

Um Antisemitismus wirkungsvoll entgegentreten zu können, bedarf es zunächst einer fachlich fundierten Analyse seiner verschiedenen Erscheinungsformen: Denn, wenn man nicht weiß, mit welchem Phänomen man es im Einzelnen zu tun hat, ist es schwierig, sinnvolle Antworten für die praktische Arbeit zu entwickeln. Die Amadeu Antonio Stiftung kooperiert daher eng mit Wissenschaftlern des Bielefelder Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung unter der Leitung von Professor Wilhelm Heitmeyer. In einer Langzeitstudie untersuchen sie Erscheinungsformen, Ursachen und Entwicklungen des Einstellungssyndroms der »Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit«, zu dessen zentralem Bestandteil der Antisemitismus gehört.

Jedes Jahr treffen sich Vertreter aus Praxis und Theorie, um ihre Wahrnehmungen des Phänomens und Zwischenergebnisse der jeweiligen Arbeit aufeinander abzustimmen. Verschiedene Fragen müssen diskutiert und geklärt werden: Wie ist Antisemitismus wissenschaftlich genau zu definieren? Welchen Aussagen und Handlungen liegen antisemitische Vorstellungen zu Grunde? Welche Inhalte prägen ein antisemitisch ideologisiertes Weltbild? Erfassen wissenschaftliche Methoden die neuesten Ausprägungen von Antisemitismus oder bedürfen sie einer Modifikation? Im Zuge dieser Zusammenarbeit wurde angeregt, erstmalig Items zum israelbezogenen Antisemitismus zu erheben. Die Erfahrungen in der Praxis der Amadeu Antonio Stiftung



Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse, Schirmherr der Amadeu Antonio Stiftung und Prof. Dr. Wilhelm Heitmeyer bei der Präsentation der Langzeitstudie zur gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit im Jahr 2004.



Beim Fußballspiel Energie Cottbus gegen Dynamo Dresden am 4. 12. 2005. Im Gegensatz zu den Krawallen, die bei dem Spiel im Fanblock von Energie Cottbus ausgebrochen sind, findet das Transparent kaum Erwähnung in der Presse. Das Plakat wird von Cottbus-Fans benutzt, um die Dresdner als Juden zu »beschimpfen«.

hatten gezeigt, dass israelfeindliche Äußerungen oft als Umwegkommunikation dienen: Antisemitische Stereotype werden hier im Kontext einer Kritik an Israel geäußert.
Insgesamt werden in der Studie fünf Facetten von Antisemitismus aufgezeigt: klassischer Antisemitismus, sekundärer Antisemitismus, israelbezogener Antisemitismus, antisemitische Separation und NS-vergleichende Israelkritik. Die Ergebnisse zeigen, dass über 2/3 aller befragten Deutschen mindestens einer der erfragten antisemitischen Aussagen zustimmen. In den Einzelergebnissen wird deutlich, dass die Zustimmung zu traditionellen Formen des Antisemitismus bei ca. 20% liegt. Die Zustimmung zu sekundär antisemitischen Äußerungen ist insgesamt deutlich höher. Auffallend hoch ist die Zustimmung von 65% der Befragten zu einem »Schlussstrich« unter die Erinnerung an den Holocaust; andere Umfragen belegen für diesen Punkt ähnlich hohe Prozentwerte. Bestätigt werden konnte die Virulenz israelfeindlicher Äußerungen: So stimmen über die Hälfte der Befragten der Aussage »Was der Staat Israel heute mit den Palästinensern macht, ist im Prinzip auch nichts anderes, als das, was die Nazis im Dritten Reich mit den Juden gemacht haben« zu.

Die Zusammenarbeit mit der Wissenschaft hat sich also für die fachlich fundierte Arbeit der Amadeu Antonio Stiftung als eine fruchtbare Partnerschaft herausgestellt. Die Öffentlichkeit ist gerade durch die wissenschaftliche Analyse alarmiert, Antisemitismus als ernsthaft bestehendes Problem zu behandeln. Auch in Zukunft wird die Stiftung eng mit dem Bielefelder Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung kooperieren und einen für beide Seiten wichtigen Fachaustausch unterstützen.

Die vorliegenden Forschungsergebnisse zu antisemitischen Einstellungen, wie sie mit dem Survey zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit erhoben wurden, zeigen, dass es einen nennenswerten Antisemitismus unter Jugendlichen gibt. Sie beinhalten aber keine ausreichenden Hinweise darüber, wo und wie eine Jugend-, Bildungs- und Projektarbeit ansetzen sollte, die präventiv und reaktiv gegen Antisemitismus unter Jugendlichen wirken soll. Deshalb beauftragte die Freudenberg Stiftung gemeinsam mit der Amadeu Antonio Stiftung im Februar 2005 Prof. Dr. Albert Scherr (PH Freiburg) mit der Durchführung eines Forschungsprojektes unter dem Titel »Möglichkeiten politischer Jugendbildung in der Auseinandersetzung mit antisemitischen Orientierungen bei Jugendlichen«. Das Projekt wird in Kooperation mit Barbara Schäuble (Berlin) umgesetzt. Es soll einen Beitrag zur Erstellung und Bewertung von Konzeptionen der Jugendarbeit und Jugendbildungsarbeit in der Auseinandersetzung mit Antisemi-

tismus leisten. Hierfür werden derzeit Gruppeninterviews mit Jugendlichen in Ost- und Westdeutschland durchgeführt. Auf Grundlage der damit vorgenommenen differenzierten Beschreibung der Ausprägungen antisemitischer Orientierungen unter Jugendlichen, der Begründungen und Bedeutungen, die sich mit diesen verbinden und unter Berücksichtigung von gegen antisemitische Deutungen gerichteten Argumentationen Jugendlicher werden Empfehlungen für die Jugendbildungsarbeit und -projektarbeit erstellt.
Ebenso gibt es einen fachlichen Austausch zu dem Forschungsprojekt der Mitarbeiterin der Amadeu Antonio Stiftung, Heike Radvan. Die Dissertation wird mit einem Stipendium der Alice Salomon Fachhochschule Berlin gefördert und durch Prof. Dr. Arnd-Michael Nohl am Fachbereich Erziehungswissenschaften der Freien Universität betreut. Das Projekt widmet sich der Frage, in welcher Form Sozialpädagoginnen in der offenen Jugendarbeit mit Erscheinungsformen von Antisemitismus umgehen. Dazu werden Interviews mit Fachkräften der Jugendarbeit innerhalb der Großstadt Berlin geführt. Die im Sample vertretenen Einrichtungen repräsentieren dabei die verschiedenen pädagogischen Ansätze der Jugendarbeit wie auch die unterschiedlichen Herkünfte der Jugendlichen selbst (Personen mit und ohne Migrationshintergrund, Ost- und Westberlinerinnen). Auf Grundlage der Ergebnisse der Untersuchung sollen Empfehlungen für Handlungsansätze der offenen Jugendarbeit im Umgang mit Antisemitismus gegeben werden.

Die Tagung »Perspektiven der Projektarbeit gegen Antisemitismus«

Um den direkten Austausch zwischen Theorie und Praxis zu fördern, veranstaltete die Amadeu Antonio Stiftung im Dezember 2004 eine Tagung im Centrum Judaicum, zu der Expertinnen aus Theorie und Praxis eingeladen waren, um gemeinsam zu diskutieren, welche unterschiedlichen Erscheinungsformen von Antisemitismus vorhanden sind und wie ihnen wirkungsvoll entgegengetreten werden kann. Die neuesten Ergebnisse der Langzeitstudie zum Einstellungssyndrom der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit wurden zum ersten Mal der Öffentlichkeit vorgestellt und diskutiert. Auf dieser Basis diskutierten die Teilnehmenden zu den Themen der folgenden Workshops:

Zwischen Schlussstrichforderungen und Opferdiskursen: Die Zukunft der Erinnerung

In diesem Workshop beschäftigten sich die Teilnehmerinnen mit dem Wandel der Erinnerung an den Nationalsozialismus. In den vergangenen Jahren war immer mehr die Rede von den deutschen Opfern des Nationalsozialismus, die doch zumeist Mitläufer, Mittäter und Täterinnen waren. Diese Tendenz steht in engem Zusammenhang mit den Forderungen nach einem Schlussstrich unter die deutschen Verbrechen des Holocaust. Für die Pädagogik ergeben sich hieraus besondere Anforderungen: Es ist wichtig, neue Strategien der Auseinandersetzung mit dem Holocaust für die vierte Generation zu entwickeln. Darüber hinaus sollten Jugendliche mit Migrationshintergrund nicht des Klassenraumes verwiesen werden, wenn es um die Auseinandersetzung mit dem Holocaust geht, vielmehr bedarf es der Einwanderungsgesellschaft entsprechende pädagogische Ansätze und einer Sensibilität unter den Pädagoginnen für die neuen Erscheinungsformen von Antisemitismus.

Antisemitismus und Religion: Interreligiöser Dialog als wirksame Gegenstrategie?

Zur Diskussion standen in diesem Workshop die Chancen und Grenzen eines interreligiösen Dialoges. Die Teilnehmenden einigten sich in einer produktiven Diskussion darauf, dass es notwendig ist, jegliche Form des interreligiösen Dialoges an die Zustimmung zu demokratischen Werten und den Menschenrechten zu binden sowie darauf zu achten, dass kein Dialog mit Vertretern fundamentalistischer Vereinigungen geführt wird. Wichtig ist es, sich über eine gemeinsame Definition des Antisemitismus zu verständigen, so dass es nicht zu einseitigen Schuldzuweisungen oder Ausgrenzungen kommt. Erst auf dieser Basis scheint es sinnvoll, Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den Religionen auszutauschen und eine Annäherung zu ermöglichen, damit diese jederzeit einen kritischen Dialog auf Grundlage gegenseitigen Respekts und Anerkennung führen können.

Antisemitismus und Nahostkonflikt

Antisemitismus wird heute oft über einen Umweg geäußert: Unter dem Deckmantel einer Kritik an der Politik des Staates Israel werden antisemitische Stereotype geäußert, das Existenzrecht in Frage gestellt oder unverhältnismäßige Maßstäbe an die isra-

Der damalige Bundesaußenminister Joschka Fischer und Anetta Kahane, Vorsitzende der Amadeu Antonio Stiftung auf der Tagung der Stiftung zur Projektarbeit gegen Antisemitismus im Dezember 2004.



elische Politik angelegt. Im Workshop wurde allgemein festgehalten, dass es außerordentlich wichtig sei, antisemitische Äußerungen und Tendenzen im Zusammenhang mit dem Nahostkonflikt in den deutschen Medien vehement in der Öffentlichkeit zu thematisieren. Es ist wichtig, die zumeist jüdischen, kritischen Stimmen hierbei zu unterstützen und nicht allein zu lassen. Herausforderungen ergeben sich darüber hinaus für die Pädagogik: Häufig festzustellen ist eine Fakten- und Tatsachenresistenz in Diskussionen über den Nahostkonflikt. Hier ist es notwendig, Methoden und Konzepte zu entwickeln, die die Genese des Nahostkonfliktes erklären sowie Wissen über die gegenwärtigen Gesellschaften im Nahen Osten vermitteln und dabei neben der genuinen Wissensvermittlung besonders emotionale Zugänge ermöglichen.

Antisemitische Verschwörungstheorien

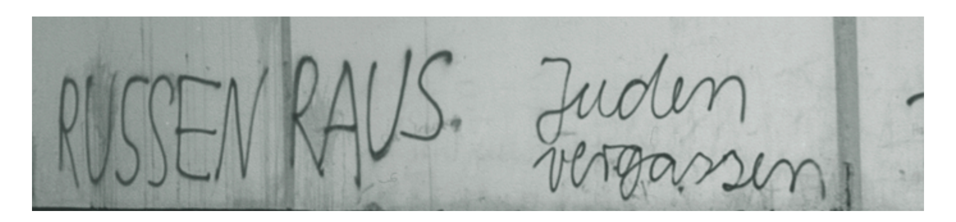
Warum sind antisemitische Verschwörungstheorien so wirkungsvoll und wie kann man sie »entzaubern«? Die Teilnehmerinnen dieses Workshops diskutierten über verbreitete Theorien, die beispielsweise »die Juden« als die Drahtzieher der Anschläge vom 11. September 2001 ausmachen. Zunehmende Verbreitung finden in den vergangenen Jahren speziell im arabischen Raum die »Protokolle der Weisen von Zion«, in denen »den Juden« eine Verschwörung gegen die ganze Welt unterstellt wird. Ein wichtiger Schritt, um der Verbreitung dieser Schriften wirkungsvoll entgegenzutreten, ist die öffentliche Thematisierung und Aufklärung. Verdeutlicht werden muss, dass Verschwörungstheorien simplifizierende Welterklärungsmuster sind, die eine Gefahr für das demokratische Bewusstsein der Bürgerinnen sowie die Verfasstheit unserer Gesellschaft im Gesamten darstellen. Für den Bereich der Pädagogik ist es auch hier wichtig, neben einer fundierten Wissensvermittlung, einen emotionalen Zugang zu den komplexen Zusammenhängen verschwörungstheoretischer Äußerungen zu ermöglichen. Vorgestellt wurde eine sehr überzeugende Methode, entwickelt vom DGB Bildungswerk Thüringen: Jugendliche entdecken spielerisch, wie Verschwörungen funktionieren, indem sie selber welche erfinden und zu einer möglichst überzeugenden Theorie ausbauen. Schnell sind Jugendliche begeistert und lernen spielerisch, was Verschwörungen ausmacht und wie sie funktionieren: Das ist der erste Schritt, um im Alltag »reale« Verschwörungen als solche zu erkennen, dekonstruieren und ihnen widersprechen zu können.

Die Ergebnisse der einzelnen Workshops wurden in die strategischen Überlegungen und in das praktische Handeln der Amadeu Antonio Stiftung aufgenommen. Daraus entwickelte sich unter anderem die Idee des Workshops »Zukunft der Erinnerung«, den die Stiftung im Mai 2005 mit Jugendlichen mit und ohne Migrationserfahrung, aus Ost- und Westdeutschland durchführte. Über 150 Mitarbeiterinnen aus Projekten, die mit vielfältigen Ansätzen gegen Antisemitismus arbeiten, kamen auf der Tagung

miteinander ins Gespräch. Der fachliche Austausch untereinander und mit Vertretern der Wissenschaft gab neue Impulse für die weitere systematische und erfolgreiche Zusammenarbeit.

Was bedeutet Active Monitoring?

Basierend auf den Ergebnissen des Bielefelder Instituts wurden in der Amadeu Antonio Stiftung Kriterien zur Bestimmung von aktuellem Antisemitismus erarbeitet, die in Zukunft eine Grundlage für das lokale Monitoring bestimmter Partnerprojekte bilden sollen.
Monitoring bedeutet als erstes dafür Sorge zu tragen, dass antisemitische Äußerungen und Vorfälle im kommunalen Raum überhaupt wahrgenommen werden. Immer wieder kommt es vor, dass Schändungen jüdischer Friedhöfe besonders in kleineren Gemeinden unbemerkt bleiben. So wurden zum Beispiel Ende Juni 2003 auf dem jüdischen Friedhof in Zittau 31 umgestürzte Grabsteine entdeckt. Die Verwüstungen hatten aber nach den Untersuchungsergebnissen bis zu drei Wochen vorher stattgefunden. In anderen Fällen werden antisemitische Schmierereien gar nicht erst als Problem wahrgenommen und verbleiben über einen langen Zeitraum an öffentlichen Gebäuden. Diese Beispiele zeigen also eindringlich, dass es absolut notwendig ist, zunächst einmal eine breite Öffentlichkeit für die Erscheinungsformen antisemitischer Straftaten zu sensibilisieren. Erst durch eine solche, sensibilisierte Wahrnehmung wird es möglich sein, die Vorfälle unmittelbar nach der Tat als Problem zu erkennen, öffentlich auf antisemitische Straftaten aufmerksam zu machen und sie zu dokumentieren. Dies alles meint der Begriff Monitoring. Active Monitoring beinhaltet allerdings mehr. Dieser Begriff umfasst kurz- sowie langfristige Schritte, die auf das Monitoring folgen. Der innovative Bestandteil des Active Monitoring besteht darin, Aktionen und Projekte als unmittelbare Reaktion auf den jeweiligen Vorfall zu entwickeln sowie, und darauf legt die Stiftung großen Wert, präventive Maßnahmen beispielsweise in der Jugendbildungsarbeit zu entwickeln und anzuwenden. Ein Beispiel aus der Praxis zeigt, wie dies im Konkreten aussehen kann: Im Jahr 2004 wurden im Bundesland Thüringen fünf jüdische Friedhöfe sowie die Gedenkstätte Mittelbau-Dora geschändet. Die Mobile Beratung in Thüringen für Demokratie gegen Rechtsextremismus (MOBIT), einer der Projektpartner der Stiftung, wurde aktiv. Die Mitarbeiter des Teams berieten die Initiativen in den jeweiligen Gemeinden dabei, was getan werden kann. Gemeinsam gründeten sie lokale Arbeitskreise gegen Antisemitismus. Das »Aktionsbündnis gegen rechte Gewalt Gotha« sammelte Spenden für den Wiederaufbau der zerstörten Grabsteine des jüdischen Friedhofes in Gotha. Zahlreiche Menschen und auch einige Organisationen und Unternehmen spendeten, es fanden Sammelaktionen sowie ein Benefiz-Theaterstück in Gotha statt. Der eingenommene Betrag wurde auf dem Jüdischen Friedhof in Gotha dem Vorsitzenden der Jüdischen Landesgemeinde, Herrn Wolfgang Nossen, im Juni 2004 übergeben. Um das Thema in einer breiteren Öffentlichkeit auf die Agenda zu setzen, organisierte MOBIT eine Veranstaltungstournee mit der Wanderausstellung zu aktuellem Antisemitismus der Amadeu Antonio Stiftung mit einem vielfältigen Rahmenprogramm. Darüber hinaus nahmen die Mitarbeiterinnen Kontakt zu interessierten Lehrern und Schülern auf. Sie ermutigten die Jugendlichen dabei, die Geschichte der Jüdinnen und Juden in ihrer Stadt zu erforschen und darüber einen öffentlichen Vortrag zu halten oder einen Stadtrundgang zu jüdischem Leben zu organisieren. In Schleusingen und in Suhl kümmerten sich Jugendliche um den jüdischen Friedhof der Stadt, sie säuberten Grabsteine und befreiten Grabstätten von Unkraut.



Diese Schmiererei in Halle (1991) wird über neun Monate nicht entfernt, bis sich eine engagierte Bürgerin beim Oberbürgermeister dafür einsetzt. Foto: Marina Stroisch

Weitere Informationen über die Arbeit der Amadeu Antonio Stiftung und ihrer Partnerprojekte erhalten Sie unter:

www.projekte-gegen-antisemitismus.de



Schändung des jüdischen Friedhofes in Gotha Anfang Februar 2004. Auf 14 der geschändeten Gräber wurden die Grabsteine umgeworfen. Zwei Grabsteine wurden beschädigt.

Zum Active Monitoring gehört darüber hinaus eine intensive Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Wichtig ist der Stiftung die öffentliche Verurteilung und Ächtung antisemitischer Statements und Vorfälle. Sie dürfen nicht unwidersprochen bleiben. Erhöht werden soll die öffentliche Wahrnehmung gegenüber der Gefahr, die der Antisemitismus für die Demokratie darstellt. Bekannt gemacht werden wirksame Gegenstrategien aus der Bildungs- und Projektarbeit. Die Stiftung ist dafür in engem Kontakt mit Journalistinnen und Journalisten, die auf regionaler und überregionaler Ebene arbeiten.

Öffentlichkeit schaffen: Antisemitische Statements und Vorfälle ächten

Die Stiftung arbeitet im Rahmen des Active Monitoring mit einem engen Netzwerk überregionaler Projektpartner zusammen, die sich regelmäßig in der Stiftung treffen, um hier ihre Erfahrungen auszutauschen und über erfolgreiche oder auch problematische Aktionen zu berichten. Es ist eine wichtige Aufgabe der Stiftung, die Öffentlichkeitsarbeit der Initiativen im lokalen und überregionalen Raum zu unterstützen. Dazu gehört im Besonderen eine überregionale, fortlaufende Chronik über antisemitische Vorfälle und Gewalttaten. In der Stiftung laufen Informationen über antisemitische Vorfälle unmittelbar über die Projektpartner zusammen. So kann sie für eine weitere Verbreitung in den Medien sorgen. Seit dem Jahr 2002 wird diese Chronik antisemitischer Vorfälle erstellt und auf der Internetseite www.projekte-gegen-antisemitismus.de veröffentlicht. Hier erhält man auch Informationen über Projekte, die sich gegen antisemitische Erscheinungsformen engagieren und neue Handlungsmodelle erproben. Darüber hinaus finden sich auf der Homepage Hintergrundinformationen, News und Links zum Thema Antisemitismus.

Welche konkrete Unterstützung wird den Projektpartnern geboten?

2003 gründete die Amadeu Antonio Stiftung mit Projektpartnern ein Netzwerk, mit dessen einzelnen Mitgliedern sie bereits in den vergangenen Jahren gemeinsam gegen Rechtsextremismus aktiv war. Engagement gegen Rechtsextremismus bedeutet aber nicht zwangsläufig, auch Antisemitismus als demokratiegefährdende Ideologie zu erkennen und zu bekämpfen. Daher ist es auch in diesen Kreisen unerlässlich, die Wahrnehmung von Antisemitismus zu schärfen und mehr Wissen über die Geschichte dieses Phänomens zu vermitteln. Bei den Treffen wird gemeinsam mit Expertinnen überlegt, welche Vorgehensweisen sich eignen, um Antisemitismus wirksam zu bekämpfen. Wissenschaftlerinnen und Expertinnen aus der Praxis liefern dabei reichliches Hintergrundwissen zum komplexen Themenfeld Antisemitismus. Auf diesen Arbeitstreffen werden nicht nur neue Ideen für die Praxis diskutiert, sondern auch ei-

gene Projektideen entwickelt und pädagogische Methoden erprobt. Diese Module werden dann eigenständig von den Projekten in die Praxis umgesetzt, wobei die Stiftung sie dabei begleitet und unterstützt.

Zu den Fortbildungsveranstaltungen eingeladen wurden Expertinnen aus Theorie und Praxis. Sie hielten Vorträge zu folgenden Themen:

- Antisemitische Stereotype gestern und heute
- Die Situation und Geschichte der jüdischen Gemeinden in Ostdeutschland
- Judentum und Menschenrechtsorientierung
- Israel und der Nahostkonflikt in den deutschen Medien
- Antiamerikanismus und seine Verbindungslinien zum Antisemitismus
- Geschichte und Gegenwart des Antisemitismus im arabischen Raum
- Antisemitismus in der Schule
- Verschwörungstheorien und Anschlussmöglichkeiten für Antisemitismus
- Israel heute: Politik und Gesellschaft
- Antijudaismus in Geschichte und Gegenwart
- Umgang mit der Erinnerung an den Nationalsozialismus: Über geschichtsrelativierende Vergleiche und Täter-Opfer-Umkehr

Auf den Arbeitstreffen wurden folgende Methoden erprobt:

- Spinnwebanalyse zur Nahost-Debatte
- Küchenstudio – Verschwörungstheorien selber bauen
- Kritische Medienanalyse des Films »Bowling for Columbine«
- Open Space als geeigneter Türöffner zur Auseinandersetzung mit Antisemitismus
- Kollegiale Fallberatung
- Planspiel zur Staatsgründung Israels
- Rollenspiel zur Entwicklung individuellen Handelns gegen Antisemitismus

Zusätzlich wurden weitere methodische Fragestellungen, wie z.B.

- die Entwicklung eines Stadtrundganges zur Lokalgeschichte des Antisemitismus
- Ideen zum Umgang mit antisemitischen Stereotypen in der (Projekt-) Arbeit gegen Antisemitismus vertieft.

Die Methoden wurden von Kolleginnen der Projekte vorgestellt:

- »Baustein zur nicht-rassistischen Bildungsarbeit« beim DGB Bildungswerk Thüringen e.V.
- Bildungs-Bausteine gegen Antisemitismus. Ein Kooperationsprojekt des Bildungsteam Berlin-Brandenburg e.V. und Tacheles Reden! e.V.
- Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus e.V.

Auf einem Arbeitstreffen der Amadeu Antonio Stiftung



Aktionswochen gegen Antisemitismus –
Eine Kampagne der Amadeu Antonio Stiftung und ihrer Partner.

Wie wird eine breite Öffentlichkeit erreicht?

Im Rahmen dieses Netzwerkes überlegten sich die Teilnehmerinnen, was sie konkret tun können, um auf das Problem in ihrer Stadt medien- und öffentlichkeitswirksam aufmerksam zu machen und gleichzeitig möglichst viele Einwohnerinnen zu einer Auseinandersetzung mit Antisemitismus zu motivieren. Daraus entstand die Idee der »Überregionalen Aktionswochen gegen Antisemitismus«. In den Wochen um den 9. November 2004 organisierten Projekte und Initiativen in 28 Städten mehr als 50 Aktionen und Veranstaltungen, wie z. B. Workshops, Lesungen, Stadtrundgänge und Diskussionsrunden zum Thema aktueller und historischer Antisemitismus.
Mit den »Aktionswochen gegen Antisemitismus« wurde das erste Mal in dieser überregionalen Form auf das aktuelle Problem des Antisemitismus aufmerksam gemacht. Die Aktionswochen erhielten regional und überregional mediale Aufmerksamkeit. In vielen Städten wurden Themen diskutiert, die bislang noch nie in diesem Rahmen auf der Agenda standen: Wie sah der Umgang des Staates DDR mit Antisemitismus aus und was geschah in dieser Zeit in unserer Stadt? Warum ist die Friedhofsschändung im vergangenen Jahr so spät entdeckt worden und was können wir tun, um eine Wiederholung auszuschließen? Eine der wichtigsten Erfolge der Aktionswochen war die Gründung regionaler Arbeitskreise, deren Mitglieder nun gemeinsam gegen Antisemitismus in ihrer Stadt vorgehen wollen.



Auch im Jahr 2005 initiierte die Amadeu Antonio Stiftung »Aktionswochen gegen Antisemitismus«. Auf dem Erfolg von 2004 aufbauend, begannen diese mit einer Pressekonferenz, die viel Beachtung fand. Ausführlich wurde in Radio, Fernsehen und Presse auf regionaler sowie überregionaler Ebene berichtet. In zwanzig Gemeinden und Städten fanden über fünfzig Veranstaltungen statt, bei denen sich viele Bürger beteiligten. Das Netzwerk regionaler Projektpartner wurde enger und stärker und neue Ideen, die gemeinsam in der Stiftung entwickelt worden waren, wurden in die Praxis umgesetzt.

Die Wanderausstellung der Amadeu Antonio Stiftung – Wie vermittelt man Wissen über Antisemitismus und regt eine öffentliche Diskussion in vielen Städten an?

Die Ausstellung »Eine alltägliche Bedrohung – aktueller Antisemitismus in Deutschland und Europa« wurde im Rahmen der OSZE-Konferenz zum Thema Antisemitismus am 28. und 29. April 2004 in Berlin zum ersten Mal präsentiert. In mehr als 50 Städten wurde sie seither von über 6000 Menschen besucht.
Im Vordergrund stehen keine skandalträchtigen Ereignisse, sondern Aufklärung über Antisemitismus, Sensibilisierung für seine Erscheinungsformen und Anregungen zu seiner aktiven Bekämpfung. Auf zehn Stelltafeln wird in Bildern und leicht verständlichen Texten in einem historischen Überblick, der bis in die Gegenwart reicht, an das Thema Antisemitismus herangeführt. In einer aktuellen Chronik, beginnend im Jahr 2002 bis heute, dokumentiert die Ausstellung antisemitische Vorfälle in Deutschland und verdeutlicht seine Aktualität und Bedrohung für die gegenwärtige Gesellschaft.

Die Idee: an möglichst viele Orte gehen

Die Ausstellung ist als Wanderausstellung konzipiert. Seit ihrer Eröffnung wurden neun Kopien erstellt. Sie werden von verschiedenen Organisationen im lokalen Raum präsentiert oder verliehen:

- ver.di Stuttgart
- Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg Vorpommern
- Landesschulbehörde Niedersachsen
- der Schuldekan für den evangelischen Kirchenbezirk Ladenburg-Weinheim
- KoKont Jena
- Jugendinitiative gegen Antisemitismus und Rassismus in Europa (Jugare) Erlangen
- DGB- Thüringen/ Mobile Beratung in Thüringen für Demokratie gegen Rechtsextremismus (MOBIT)
- Gruppe »Bekämpfung des Antisemitismus heute« Darmstadt/ Frankfurt
- Netzwerk Demokratische Kultur Wurzen

Die Ausstellung wurde außerdem von acht Initiativen in den neuen Bundesländern ausgeliehen. Die Initiativen zeigten sie in Städten der Bundesländer Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Hessen und Thüringen. Durch den Verkauf und den Verleih der Ausstellung konnte sie einem breiteren Publikum zugänglich gemacht werden. Dies wird auch nach dem Ende des Modellprojektes möglich sein.

Die Ausstellung soll nicht nur aufklären, sondern auch zum Nach- und Mitmachen anregen. Damit dies erfolgreich gelingt, ist es besonders wichtig, ein Rahmenprogramm anzubieten. So vermittelte die Stiftung Referentinnen, um einen lokalen Auseinandersetzungsprozess zum Thema Gegenwart und (Lokal-) Geschichte anzuregen.



Organisiert wurden beispielsweise Abendveranstaltungen, Filmvorführungen, Diskussionsveranstaltungen oder Workshops zum aktuellen Antisemitismus in Deutschland und Europa, zur Geschichte des Antisemitismus oder zu Antiamerikanismus und Islamismus.

Eine Station der Ausstellung: Thüringen

Unter anderem war die Ausstellung in verschiedenen Städten in Thüringen zu sehen. Die Mobile Beratung in Thüringen für Demokratie gegen Rechtsextremismus (MOBIT) setzt in Zusammenarbeit mit der Evangelischen Jugend in Thüringen und vielen lokalen Initiativen ein Civitas- Projekt gegen Antisemitismus um. Der DGB Thüringen hat eine Kopie der Ausstellung der Stiftung erworben und sie für dieses Projekt zur Verfügung gestellt. MOBIT zeigte die Ausstellung in verschiedenen Orten Thüringens und organisierte vor Ort Veranstaltungen und Aktivitäten gegen Antisemitismus. Dabei versuchten sie auch, an lokale Projekte anzuknüpfen. In Vorträgen wurden die verschiedenen Facetten des Antisemitismus thematisiert und MOBIT bot Führungen durch die Ausstellung an, die meist von Schulklassen genutzt wurden. Die Ausstellung war in Schulen, Rathäusern und Kirchen in den Städten Meiningen, Gotha, Sömmerda, Schleusingen, Suhl und Saalfeld zu sehen. In allen Orten konnten die Bürgermeister als Schirmherren gewonnen werden.

»Die Ausstellung ist ein sehr gutes Medium, den alten und neuen Antisemitismus in der Gesellschaft, also auch in Thüringen, zu thematisieren und mit Menschen darüber ins Gespräch zu kommen. Wir wollen einerseits aufklären, aber vor allem auch zum Handeln ermutigen. Also, dass Menschen aktiv werden gegen Antisemitismus, der um Thüringen keinen Bogen macht.«
Matthias Müller, MOBIT

Aus der Zusammenarbeit mit den Jugendlichen an den Ausstellungsorten ergab sich schließlich die Idee für eine Weiterentwicklung der Ausstellung: Die Stiftung erstellte pädagogisches Begleitmaterial, das sich an Jugendliche richtete, die die Ausstellung besuchten. Das Material motiviert und unterstützt die Besucher der Ausstellung, sich mit dem Thema intensiver auseinanderzusetzen und regt an, eigene Aktivitäten zu entwickeln. Die Jugendlichen werden dabei gefördert, die Hintergründe antisemitischer Einstellungen und Taten zu verstehen. Gemeinsam diskutieren sie über die Problematik und denken sich in deren komplizierte Zusammenhänge hinein. Dies sind wichtige Voraussetzungen, um Jugendliche zu sensiblem und kritischem Denken zu ermutigen, denn dies ist wichtig, um Antisemitismus bekämpfen zu können.
Die Ausstellung wird auch in Zukunft von der Amadeu Antonio Stiftung gegen eine Nutzungsgebühr von 100 € verliehen. Auf Wunsch kann auch eine Kopie erworben werden. Weitere Informationen erhalten sie unter: info@amadeu-antonio-stiftung.de

Was ist wichtig in der Fortbildung von Lehrern?

Die Amadeu Antonio Stiftung hat für Lehrer eine Fortbildungsreihe zu aktuellem Antisemitismus entwickelt. Die Maßgabe des Active Monitoring »Wahrnehmen, Deuten und Handeln« wird in den einzelnen Modulen miteinander kombiniert. Durch die themenspezifisch gegliederte Wissensvermittlung und die Erprobung von Handlungskompetenz wird eine intensive Auseinandersetzung mit der Problematik ermöglicht. Gleichzeitig bietet sich für die Lehrer die Gelegenheit, eigene Strategien für den Umgang mit Situationen zu entwickeln, in denen sie mit Antisemitismus im Klassenraum konfrontiert sind. Die Arbeitstreffen sind in einen theoretischen Input und die praktische Erarbeitung von pädagogischen Methoden der politischen Bildungsarbeit geteilt. Themen der einzelnen Module sind unter anderem: Antisemitische Stereotype in Vergangenheit und Gegenwart, islamistischer Antisemitismus, Antisemitismus und der Nahostkonflikt, antisemitische Verschwörungstheorien, Projektionsfläche Israel, Schlussstrichforderungen heute.

Kollegiale Fallberatung – Ein Material für die Fortbildung von Lehrerinnen und Lehrern

Antisemitische Äußerungen haben an Schulen verstärkt zugenommen. Lehrer und Lehrerinnen sehen sich mit »Du Jude« als Schimpfwort unter Jugendlichen konfrontiert, im Pausenhof wird »Juden fangen für die Gaskammer« gespielt. Wie ist es möglich, im schulischen Alltag angemessen auf solche Situationen zu reagieren? Ist solches Verhalten wirklich Antisemitismus der Jugendlichen oder nur eine neue Art von Flapserei? Ab wann und wie können Pädagogen hier intervenieren? Mit solchen Fragen und der Bitte um Unterstützung kontaktierten mehrere Lehrer und Lehrerinnen die Amadeu Antonio Stiftung. Daraufhin modifizierte die Stiftung die Methode der kollegialen Fallberatung im Hinblick auf das Thema Antisemitismus. Diese Methode zeichnet sich im Besonderen durch ihre induktive Vorgehensweise aus: Pädagogen teilen ihre Wahrnehmungen über die sehr unterschiedlichen, antisemitischen Vorfälle mit, sie diskutieren und erproben miteinander eigene Handlungsmöglichkeiten.

Konkret wurden in der Stiftung verschiedene Szenarien für die kollegiale Fallberatung entwickelt. Sie beschreiben reale antisemitische Vorfälle, die in den vergangenen Jahren in und außerhalb von Schulen passiert sind. So wird beispielsweise eine Situation zu Schulstundenbeginn beschrieben, in der ein Lehrer an der Tafel die Schmiererei »Juden vergasen« vorfindet. Eine weitere Szenerie beschreibt, wie muslimische Jugendliche am Holocaustgedenktag aggressiv einfordern, an den palästinensischen Terroristen Scheich Jassin zu erinnern.
Die Lehrer erarbeiteten dazu Fragen wie: Was passiert hier? Welche Gründe stehen da-

hinter? Welche Wege des Handelns kommen generell in Frage? Welche Konsequenzen hätte dieses Handeln? Welche Handlungsmöglichkeiten kommen für den jeweiligen Lehrer oder die jeweilige Lehrerin persönlich in Frage? Wo kann man Unterstützung bekommen? Durch die gemeinsame Analyse und moderierte Diskussion ist es den Lehrern möglich, Zugang zu Kenntnis, Klarheit in der Einschätzung und Sicherheit im Handeln zu gewinnen.

Wenn Sie Interesse an den Materialien der kollegialen Fallberatung haben, können Sie sich gerne an das Projekt gegen Antisemitismus der Amadeu Antonio Stiftung wenden. Weitere Informationen erhalten Sie unter: info@amadeu-antonio-stiftung.de

Die kollegiale Fallberatung ergänzt die inhaltliche Auseinandersetzung mit den neuen Formen von Antisemitismus, sie sensibilisiert die persönliche Wahrnehmung, fördert die Reflektionsfähigkeit und stärkt die Handlungskompetenz der teilnehmenden Pädagogen, damit diese im Schulalltag Antisemitismus angemessen begegnen können.

Wie sieht die »Zukunft der Erinnerung« aus?

Wie soll in Zukunft an Nationalsozialismus und die Vernichtung der europäischen Juden erinnert werden? Was interessiert die kommende Generation an Geschichte überhaupt? Wie sehen sich Jugendliche mit unterschiedlichen familiären und kulturellen Hintergründen heute im Verhältnis von Vergangenheit und Gegenwart? Das sind die Fragen, die sich das Team der Amadeu Antonio Stiftung anlässlich des 60. Jahrestages der Befreiung vom Nationalsozialismus stellten, da die stattfindenden Feierlichkeiten zwar viel Gedenkmöglichkeiten, aber wenig Reflexion über die Zukunft der Erinnerung boten.
Daher lud die Amadeu Antonio Stiftung Jugendliche und Pädagogen für zwei Tage zu einem gemeinsamen Seminar ein, um von ihnen selbst zu erfahren, wie sie sich die Zukunft der Erinnerung vorstellen.

Ablauf des Seminars

Das Wochenende gliederte sich in mehrere Einheiten, in denen die Jugendlichen und die Erwachsenen voneinander getrennt ihre Interessen, Ziele und Wünsche formulieren sollten. Zu Beginn trugen die Teilnehmenden für sie persönlich wichtige historische Ereignisse zusammen, die auf einem Zeitstrahl verortet wurden. In einer »Spurensuche« sammelten sie historische Orte in Neukölln und präsentierten deren Geschichte. So wurde deutlich, dass jeder Ort Geschichte(n) trägt und jeder Mensch Geschichte(n) macht.

Besonders interessant sind die Ergebnisse des anschließenden »Open Space«. Bei dieser sehr offenen Methode schlagen die Teilnehmenden selbst Themen vor, mit denen sie sich intensiver beschäftigen möchten und bilden durch ein Themenranking selbständige Arbeitsgruppen. Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen des Seminars der Stiftung entwickelten in dieser Phase Ideen für die zukünftige Gestaltung von Erinnerungsarbeit auf pädagogischer und politischer Ebene.

Zusammenfassend sind die Ergebnisse dieser einzelnen Workshops folgende: Die Jugendlichen und die Erwachsenen interessieren sich (entgegen der vorherigen Annahme in der Stiftung) für die gleichen Themen. Im Fokus steht dabei die Beschäftigung mit den individuellen Lebens- und Familiengeschichten der Menschen und ihren Lebensbedingungen. Die Unterscheidung zwischen der Perspektive von Opfern und derjenigen von Tätern spielt eine untergeordnete Rolle. Erinnert werden soll an Opfer und Täter gleichermaßen. Sehr präsent ist auch der Wunsch nach der Beschäftigung mit positiven Beispielen aus der Zeit des Nationalsozialismus, mit echten »Helden« sozusagen.

Analyse des Seminarergebnisses

Die Jugendlichen waren überzeugt von der Möglichkeit des selbstständigen und projektbezogenen Arbeitens wie es durch die Open Space Methode gegeben war. So wollten sie sich dafür einsetzen, dass fächerübergreifende Projekte ohne Benotung in den Schulen eingeführt werden, die sich mit dem Thema Nationalsozialismus auseinandersetzen. Auch Projektwochen oder die Einführung eines Unterrichtfaches »Projekte« standen auf ihrer Wunschliste.
Insgesamt zeigten alle Teilnehmenden, unabhängig von Alter und kulturellem Hinter-

grund großes Interesse an der Geschichte des Nationalsozialismus. In ihren Wünschen für die Zukunft der Erinnerung folgten sowohl die Jugendlichen als auch die Pädagogen und Pädagoginnen dem Erinnerungsdiskurs, der vor allem von den Medien geprägt wird. In den letzten Jahren wurde die Präsentation der Geschichte des Nationalsozialismus und der Shoah zunehmend auf Individuen beschränkt und damit aus dem Zusammenhang gehoben. Diese Form der Darstellung von Geschichte kann zu einem Bild des Täters als Opfer führen, dessen individuellen Entscheidungsspielräume nicht mehr thematisiert werden und damit Schicksalhaftigkeit an die Stelle von Verantwortung treten lässt. Die Zusammenhänge und Ursachen der Verbrechen des Nationalsozialismus und seine historische Entwicklung bleiben so im Dunkeln. Die Heldenkonstruktion, die mit der individualisierten Geschichtserzählung befördert wird, muss als äußerst problematisch angesehen werden, da die Verantwortung für eigenes Handeln dadurch in den Hintergrund gedrängt wird.

Pädagogische Konsequenzen aus dem Seminarergebnis

Aus den Resultaten des Seminars wurde in der Stiftung die Notwendigkeit erkannt, sowohl in der weiteren pädagogischen Praxis als auch in der politischen Debatte einige der aufgeworfenen Probleme im Auge zu behalten. Das Bedürfnis nach Helden lässt sich in der Bildungsarbeit nutzen, um den Blick für alltägliches Heldentum zu schärfen, statt überhöhte Figuren zu erschaffen. Durch Gegenwartsbezüge und die Erkennbarkeit einer Verbindung zum eigenen Leben kann der Zugang zum Thema gerade für Jugendliche erleichtert werden. Durch die Beschäftigung mit Familiengeschichten als einer interessanten Form der Erinnerungsarbeit besteht für die Bildungsarbeit die Möglichkeit eines besonders geeigneten Einstiegs zur Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus. Dabei ist es allerdings wichtig, nicht allein auf den emotionalen Faktor zu setzen, sondern die bearbeitete Familiengeschichte in einen politischen Kontext einzuordnen und nicht auf der emotionalen Ebene der Geschichtsbetrachtung zu verbleiben. Zum geschichtlichen Zusammenhang gehört es auch, die Kontinuitäten des Antisemitismus in der Gegenwart aufzuzeigen. Für eine erfolgreiche Erinnerungsarbeit in der Zukunft ist es unbedingt nötig, Lehrer und Pädagogen fortzubilden, besonders was die Sensibilität für aktuellen Antisemitismus angeht. Ein Bestandteil dieser Arbeit müsste darin bestehen, über gegenwärtiges jüdisches Leben in Deutschland zu informieren, da in diesem Bereich seit geraumer Zeit zwar ein großes Defizit, gleichzeitig aber auch eine interessierte Nachfrage besteht.

In welcher Form arbeitet die Stiftung auf internationaler Ebene?

Die Stiftung engagiert sich für einen Erfahrungsaustausch auf europäischer und internationaler Ebene. Sie arbeitet über Deutschland hinaus eng mit anderen Organisationen, Initiativen und Projekten zusammen, die sich ebenfalls der Bekämpfung des Antisemitismus stellen. Im April 2004 organisierte die Stiftung im Vorfeld der Berliner OSZE-Konferenz gegen Antisemitismus gemeinsam mit mehreren Partnern (dem American Jewish Committee in Berlin, dem Zentralrat der Juden in Deutschland, u. a.) eine Tagung von Nichtregierungsorganisationen.

Was tun gegen Antisemitismus? Erfahrungen aus der Arbeit zivilgesellschaftlicher Projekte

Im Folgenden wird die Arbeit von Partnerprojekten der Amadeu Antonio Stiftung und von zivilgesellschaftlichen Initiativen vorgestellt, in denen Menschen gegen Antisemitismus aktiv geworden sind. Sie sollen als Anregung für weitere Initiativen dienen, wie gegen Antisemitismus im eigenen Umfeld vorgegangen werden kann.

Laut gegen Islamismus

Gegenaktionen zum so genannten Al-Quds-Tag

1979 rief Ayatollah Khomeini im Iran dazu auf, am letzten Freitag im Ramadan für die »Befreiung« Jerusalems (Al-Quds) und die Vernichtung Israels zu demonstrieren. Islamisten weltweit demonstrieren jedes Jahr unter diesem Motto: In Teheran und im Libanon, in Berlin und London, in Toronto und Jakarta. Der »Al-Quds-Tag« schürt antisemitischen Hass, er dient der Machtsicherung islamistischer Diktaturen und ihrer weltweiten Anhänger. In Berlin findet diese Demonstration bereits seit mehreren Jahren statt. In arabischer Sprache werden antisemitische Parolen gerufen und Flugblätter verteilt, die zu Gewalt aufrufen. Die Demonstration wurde weder von der Presse,





Am Rande der Al-Quds-Demonstration, einem jährlichen Islamisten-Treffen in Berlin, wo zur »Freiheit für Palästina« aufgerufen wird, protestiert ein deutscher Rechtsextremist gegen »Die Diktatur der Medien und der US-amerikanischen Ostküste«. Ostküste präzisiert er noch mit dem Verweis auf das Simon-Wiesenthal-Center. Später marschiert er mit dem Schild in der Demonstration mit.
Bild: Weber

der Polizei oder anderen zivilgesellschaftlichen Gruppierungen als Problem wahrgenommen. Diesem besorgniserregenden Zustand wollten Berliner Akteure im Jahr 2003 etwas entgegensetzen: Es wurde ein Bündnis gegründet, das zu einer Unterschriften-Aktion gegen den »Al-Quds-Tag« aufrief: 238 Personen und Verbände unterzeichneten den Aufruf, der die antisemitische Intention der Demonstration skandalisierte.

Bereits ein Jahr später war das Bündnis gewachsen: Aufgerufen wurde zu einer Kundgebung gegen die Al-Quds- Demonstration. Unter dem Motto: »Don't love death – enjoy life! Gegen Islamismus, Antisemitismus und Rassismus« traten jugendliche Hip Hopper auf, Redebeiträge informierten über die Intention und Geschichte des »Al-Quds-Tages«, die iranische Kabarettistin Parvaneh Hamidi verarbeitete das Thema künstlerisch. Organisiert wurde auch eine Tagung mit dem Titel »Feindbild Westen – Ideologie und Strategie des Islamismus am Beispiel des Al-Quds-Tages«. Die Kampagne zeigte Wirkung: Überregionale und lokale Medien berichteten kritisch über den Al-Quds-Tag, Politiker und Polizei reagierten sensibilisiert. Die Organisatoren der islamistischen Demonstration änderten ihre Strategie: Demonstriert wurde lautlos, antisemitische Sprechchöre und Transparente wurden vorab von den Veranstaltern konfisziert.
Auch 2005 organisierte das Bündnis eine Gegenkundgebung. Während auf der Al-Quds- Demonstration nur etwa die Hälfte der Teilnehmer vom Vorjahr waren, konnten die Organisatoren für die Gegenkundgebung im Vergleich zu 2004 doppelt so viele Teilnehmer für sich gewinnen. Eine Vielzahl prominenter Politiker hielten auch kurze Ansprachen, darunter der DGB Chef Michael Sommer und der grüne Europapolitiker Cem Özdemir, die den iranischen Präsidenten kritisierten, der dazu aufgefordert hatte, Israel zu vernichten. Die Kreuzberger Musikalische Aktion hatte eine Bühne mit dem Transparent »gegen den politischen Islam« spendiert, auf der junge Mädchen Breakdance und Jazzdance zu der Musik engagierter Rapper vorführten.

Mit den Brothers Keepers on Tour durch das jüdische Viertel in Berlin

Erinnern an die Opfer des Holocaust

Am 8. Mai 2005 demonstrierten Neonazis in Berlin Mitte. Zum 60. Mal jährte sich der Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus. Tausende Menschen gingen auf die Straße, um dem Aufmarsch der Neonazis entgegenzutreten. Der Amadeu Antonio Stiftung war es wichtig, das jüdische Viertel zu schützen: Kein Rechter sollte durch diese Strassen marschieren. Gedacht werden sollte vielmehr an die Menschen, die in diesen Häusern mit ihren Familien gelebt hatten, bevor sie durch deutsche Nationalsozialisten, durch Nachbarn oder ehemalige Freunde denunziert, vertrieben oder in Vernichtungslager deportiert wurden.



Die Brothers Keepers engagieren sich mit der Amadeu Antonio Stiftung gegen rechte Gewalt und Antisemitismus.

Die Amadeu Antonio Stiftung erhielt Unterstützung von den Bands Brothers Keepers und Silbermond: Gemeinsam riefen sie zu einem Gedenkrundgang durch das jüdische Viertel in Berlin-Mitte auf. Viele hundert Teilnehmer und Teilnehmerinnen kamen. Den Spuren jüdischen Lebens und Leidens in der Stadt folgend, demonstrierten sie für Demokratie und Toleranz, gegen Rassismus und Antisemitismus. In diesem Zusammenhang wurden auch die Mittelkürzungen verurteilt, von denen aktuell Projekte gegen Rechtsextremismus betroffen sind.
Der Rundgang stoppte am Koppenplatz, wo die Bronzeinstallation »Verlassener Raum« an die deportierten Juden des Viertels erinnert. Es ging weiter durch die Große Hamburger Straße zum jüdischen Friedhof, wo sich heute nur noch der Grabstein von Moses Mendelssohn befindet. Dort sprachen einige der anwesenden Mitglieder der jüdischen Gemeinde das Kaddisch, das traditionelle Totengebet. Angehalten wurde am ehemaligen jüdischen Altenheim. Die Nazis hatten es zu einem Gefängnis umfunktioniert. Die meisten der 55000 deportierten Juden wurden hier eingesperrt.

Aufgrund einer Polizeiabsperrung folgte die Demo nicht der geplanten Route durch die Rosenstraße, wo einst die erste Synagoge Berlins stand. Sie war 1714 erbaut worden. Dort steht auch das Denkmal »Block der Frauen«. Es erinnert an den sechs Tage andauernden Protest von Müttern und Frauen gegen die Deportation ihrer Kinder und jüdischen Männer. Ebenso befand sich hier die Bürstenfabrik von Otto Weidt, der behinderte Juden in seiner Werkstatt beschäftigte und Flüchtlinge versteckte.

Vorbei am Centrum Judaicum – Neue Synagoge Berlin zog die Demonstration zum Berthold Brecht Platz am Berliner Ensemble. Auf einer mobilen Bühne verlasen Katja Riemann, Germ von den Brothers Keepers und Birol Ülel Gedichte zum Gedenken an die Ermordeten. Die Brothers Keepers sorgten für den musikalischen Abschluss mit Songs von ihrer aktuellen CD. Zwischenzeitlich hatten 600 Menschen am Gedenkrundgang der Amadeu Antonio Stiftung und der Brothers Keepers teilgenommen. Die Neonazis waren nicht einen Schritt vom Fleck gekommen: Sie waren eingegrenzt von friedlichen Gegendemonstranten und gaben ihre Demonstration auf.

Ein Stolpersteinrundgang. Organisiert von Kreuzberger Jugendlichen in Zusammenarbeit mit der Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus

Die Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus (KIgA) erarbeitete im Rahmen der Aktionswochen gegen Antisemitismus 2004 zusammen mit Kreuzberger Schülerinnen einen Rundgang für Jugendliche aus dem Kreuzberger Kiez. Der Rundgang stellt Wohnorte und Biographien der von Nationalsozialisten verfolgten und ermordeten ehemaligen Kreuzberger Bewohner vor. Außerdem werden Elemente des jüdischen Lebens vor der Zeit des Nationalsozialismus in Kreuzberg und speziell in der Oranienstraße präsentiert. Die Biographien und Geschichten, die während des Rundgangs erzählt werden, sind von den Jugendlichen unterschiedlichen Alters selbst recherchiert und zu kleinen Referaten ausgearbeitet worden: Während der Führung tragen die Jugendlichen ihre eigenen Texte vor. Dieses Projekt stellte für die Jugendlichen eine große Herausforderung dar und so waren sie von Anfang an mit großer Motivation dabei. Seit dem ersten Rundgang besteht ein enger Kontakt der Initiative mit den Schülerinnen, der sich inzwischen auch in der Zusammenarbeit im Rahmen anderer Projekte niederschlägt.
Die Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus gründete sich im Sommer 2003 und war anfangs im Kreuzberger Kiez die einzige Gruppe, die sich überhaupt mit dem Problem des Antisemitismus bei Jugendlichen beschäftigte. Mit Hilfe u.a. der Amadeu Antonio Stiftung hat sie mittlerweile ein Netzwerk lokaler Akteure aus Lehrern, Sozialarbeitern und Bewohnern Kreuzbergs geschaffen, die in ihrem Stadtteil unterschiedliche Formen von aktuellem Antisemitismus beobachten und entgegentreten wollen.
Die Initiative sieht vor allem besonderen Handlungsbedarf gegenüber dem zunehmend offenen Antisemitismus islamistisch beeinflusster Jugendlicher. Insbesondere in Schulen mit vielen migrantischen Jugendlichen müssen vielfältigere Herangehens-

Jugendliche stellen auf einem Stolpersteinrundgang einzelne Biografien und die Geschichte der Verfolgung Kreuzberger Juden in der Zeit des Nationalsozialismus vor.



weisen an Antisemitismus anboten werden als »Holocausteducation« allein. Der Zugang zu Themen wie Nationalsozialismus und Holocaust ist für Jugendliche mit Migrationshintergrund ein anderer als für deutsche Schüler. Die Kreuzberger Initiative versucht die Entwicklung von Bildungskonzepten und pädagogischen Modulen voranzutreiben, die zur Bekämpfung gegenwärtiger Erscheinungsformen von Antisemitismus notwendig sind und an denen es im Bildungsbereich mehr als mangelt. Die wenigen Angebote, die eine migrantische Perspektive berücksichtigen, stehen allerdings einer großen Nachfrage und intensivem Interesse gegenüber. Die Herausforderung der Kreuzberger Initiative besteht darin, die neuen Formen des Antisemitismus als Identität der migrantischen Jugendlichen zu problematisieren, ohne dabei die von tatsächlicher Ausgrenzung betroffene Gruppe weiter zu stigmatisieren.
Mittlerweile wurden die Ideen aus dem letzten Jahr ausgebaut und weiterentwickelt, so dass die KIgA inzwischen ein festes Angebot für Kreuzberger Schulen hat um mit Jugendlichen historisch politische Rundgänge vorzubereiten und durchzuführen. Auch weitere Bildungsmaterialien wie ein Planspiel zur Staatsgründung Israels und ein pädagogisches Modul zur Beschäftigung mit Selbstmordattentaten sind vorhanden.

103 zerschlagene Grabsteine
Ein Steinmetz wird aktiv

Am 3. Oktober 1999 beschädigten Unbekannte auf dem jüdischen Friedhof in Berlin-Weißensee 103 Grabsteine. Der Vorfall erregte kaum Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit: Kein überregionaler Zeitungsartikel thematisierte das Ausmaß der Schändung, der Vorfall wurde nicht in den Radio- oder Fernsehnachrichten aufgegriffen. Lediglich regionale Medien reagierten auf diese Tat, die offenbar mit schwerem Gerät ausgeführt wurde. Dieser Mangel an Interesse ist gewiss das Zeichen für eine schleichende Gewöhnung: Schändungen jüdischer Friedhöfe gehören in Deutschland zum Alltag nach 1945. Der Historiker Julius Schöps verweist darauf, dass in jeder Woche im gesamten Bundesgebiet drei Friedhöfe geschändet werden.
Was tun? Der Berliner Steinmetz Otmar Kagerer und acht Kollegen nahmen sich der Sache an. Sie reparierten unentgeltlich die geschändeten Grabsteine des Weißenseer Friedhofes. Nachdem er in einer Berliner Zeitung dazu mit Foto interviewt wurde, erhielten Otmar Kagerer und seine Frau anonyme Drohanrufe per Telefon. Am Abend des 19. November 1999 verwüsteten Unbekannte sein Lager in Berlin-Marzahn und zerstörten 150 Grabsteine. Der angerichtete Schaden betrug mehr als 60.000 Mark. Otmar Kagerer drohte der Ruin.

Umgestossener Grabstein auf dem jüdischen Friedhof in Erfurt.

Ende 1999 wurde der Rentner Johann R. aus Berlin-Schöneberg verhaftet. Er hatte zugegeben, die Kagerers vier Mal am Telefon anonym bedroht zu haben. Er wird allerdings nicht mit dem Anschlag auf das Lager in Verbindung gebracht. Von den Tätern fehlt weiterhin jede Spur.
Die Amadeu Antonio Stiftung startete einen Spendenaufruf für den couragierten Steinmetz und machte den Fall öffentlich: In mehreren Zeitungen erschienen Artikel über die Schändungen und die Arbeit Otmar Kagerers. Aufgerufen wurde zu Geldspenden: Gespendet wurde weit mehr, als für die Renovierung des Lagers nötig war. Otmar Kagerer schlug vor, einen Fonds für Opfer rechtsextremer Gewalt einzurichten. Die Amadeu Antonio Stiftung konnte über mehrere Jahre mit diesem Fonds Menschen helfen, die von Rechtsextremen zusammengeschlagen wurden, deren Existenz beispielsweise durch das Abbrennen ihres Imbisswagens bedroht war. Mittlerweile hat die Stiftung den Opferfonds Cura gegründet: Er hilft unbürokratisch all jenen, die von rechtsextremen Übergriffen betroffen sind. Informationen darüber sowie das Spendenkonto können der eigens dafür eingerichteten Homepage entnommen werden: www.opferfonds-cura.de.

Seit 1990 starben 140 Menschen an den Folgen rechter Gewalt. Jeden Tag werden Menschen Opfer rechter Übergriffe. Der Opferfonds CURA hilft Betroffenen schnell und unbürokratisch. Finanzielle Unterstützung wird für medizinische Behandlungen, Anwaltskosten oder Folgekosten nach Übergriffen gewährt. Helfen auch Sie! Bitte überweisen Sie Ihre Spende auf folgendes Konto:

Opferfonds CURA der Amadeu Antonio Stiftung
Deutsche Bank Bensheim Konto: 030 331 331
Weitere Informationen erhalten sie online unter:
www.opferfonds-cura.de



Die Juden haben alles in der Hand ...
Antisemitischer Kommentar im Bitterfelder Anzeigenblatt
Ein Bericht von Steffen Andersch, Projekt gegenPart Dessau

In dem in Bitterfeld (Sachsen-Anhalt) erscheinenden Anzeigenblatt »Bitterfelder Spatz« erschien am 13. Februar 2005 ein Kommentar unter der Schlagzeile »Wahlkampfrenner NPD-Verbot?«. Offensichtlich lag der Redaktion das Thema derart am Herzen, dass der Chefredakteur Klaus-Peter Sperling sich persönlich der Sache annahm. Der Kommentar, der sich eigentlich mit dem gescheiterten NPD-Verbot im Zusammenhang mit dem Wahlkampf in Schleswig Holstein beschäftigen sollte, glitt schnell in eine undifferenzierte Politikerschelte ab, um schließlich bei diskriminierenden, homophoben und antisemitischen Äußerungen zu landen. So schrieb Sperling ganz ohne Umschweife: »Schwule und Lesben in der Politik werden hochgejubelt, wie zum Beispiel der Berliner Bürgermeister, welcher mehr auf Parties denn an seinem Arbeitsplatz anzutreffen ist.« Mit einer anachronistischen Rhetorik bediente er an anderer Stelle ausländerfeindliche und rassistische Stereotype: »Asylbetrüger werden höchst selten abgeschoben und bei Rechtsanwälten und Ärzten besser behandelt als normale deutsche Arbeiter und Angestellte«. In dieser Logikkette war es fast nur konsequent, dass Sperling den Einfluss der Juden in der Bundesrepublik nicht aussparte: »Unsere Politik wird teilweise vom Zentralrat der Juden mitbestimmt«. Gerade dieser Satz kann nur als das bezeichnet werden, für das er praktisch steht: eine antisemitische Projektion. Wer einem Interessenverband, der gerade einmal 100.000 Mitglieder vertritt, über ganz eigene und differenzierte politische Ziele verfügt und der in maßgeblichen gesellschaftlichen Gremien nicht vertreten ist, um einen wie auch immer gearteten Einfluss zu nehmen, solcherlei Machtposition unterstellt, ist von einer antisemitisch tradierten Verschwörungstheorie nicht mehr weit entfernt.
Da Sperling aber nicht nur für ein Anzeigenblatt arbeitet, sondern auch für die CDU im Stadtrat sitzt, sorgte der Fall in der Region für ziemliches Aufsehen und hatte Auswirkungen in den kommunalpolitischen Bereich. Der Bitterfelder Bürgermeister Werner Rauball (SPD) hatte in einer Stadtratssitzung am 02. März 2005 den Mut, Sperling für seine Äußerungen harsch zu kritisieren und sprach u. a. von einer »braunen Soße«. Sperling wiederum nahm dies zum Anlass, Rauball u. a. wegen Beleidigung anzuzeigen. Während es zuerst von der CDU-Landesebene vorsichtige Distanzierungsversuche gab, stellte sich Sperlings Fraktion im Bitterfelder Stadtrat in einer Presseerklärung hinter ihn und sprach in Hinsicht auf das Engagement Rauballs davon, dass »sein Verhalten vielmehr dazu führen könne, Arbeitsplätze in einem Bitterfelder Unternehmen zu gefährden«. Unterdessen wurden zwei Anzeigen gegen Sperling wegen Volksverhetzung erstattet. Die zuständige Staatsanwaltschaft in Dessau lehnte eine Verfahrenseröffnung mit der Begründung ab, dass keine Anhaltspunkte für eine Straftat vorliegen würden.

Bis auf einen engagierten Antifaschisten aus der Region, der den Redakteur anzeigte und in einem Offenen Brief seinen Unmut über die politischen Intentionen Sperlings zum Ausdruck brachte, passierte vor Ort nicht all zu viel. Es blieb zivilgesellschaftlichen Initiativen aus dem benachbarten Dessau vorbehalten, öffentlich zu intervenieren. Die Netzwerkstelle gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus, die in Dessau seit 2002 unter dem Label »Projekt gegenPart« agiert, informierte auf einem Internetportal frühzeitig über den Fall. »Der Aufschrei der Anständigen im Landkreis Bitterfeld blieb aus«, resümierte Marco Steckel von der Beratungsstelle für Opfer rechtsextremer Gewalt in einer Rede am 7. März 2005 im Dessauer Rathaus. Dort wurde gerade die vom Dessauer Bündnis gegen Rechtsextremismus in die Stadt geholte Ausstellung »Eine alltägliche Bedrohung – aktueller Antisemitismus in Deutschland und Europa« der Berliner Amadeu Antonio Stiftung eröffnet. Passender hätte die Aktualität des Antisemitismus wohl kaum unterstrichen werden können. Die Netzwerkstelle gegen Rechtsextremismus widmet sich zusammen mit anderen Akteuren der Stadt seit langem dem Thema Antisemitismus. Denn viele Initiativen gegen Rechtsextremismus weisen zwar in ihren Konzeptionen auf den notwendigen Kampf gegen Antisemitismus hin, setzten aber relativ wenige Projekte im Kontext um. Zum Schwerpunkt des Trägers der Netzwerkstelle, dem Alternativen





Im November 2005 wurde der Info- und Mahnpunkt Zyklon B in Dessau geschändet. Bürgerinnen und Bürger protestieren öffentlich dagegen.

Jugendzentrum Dessau (AJZ), gehört seit Jahren die politische Jugendbildung im Bereich des historischen Nationalsozialismus. Weit über 200 Zeitzeugengespräche mit Überlebenden des Holocaust und Gedenkstättenfahrten in ehemalige Konzentrationslager sind praktischer Ausdruck dieser Bemühungen. So unterstützte das Projekt gegenPart und das AJZ eine Forschungsgruppe, die seit 1999 versuchte, in der Stadt einen Informations- und Mahnpunkt Zyklon B zu errichten. Das Mahnmal, das am 27. Januar 2005 der Öffentlichkeit übergeben wurde, informiert über die Produktion des Giftgases in Dessau. Darüber hinaus sind in der letzten Zeit Veranstaltungen und Projekte in den Mittelpunkt getreten, die sich mit aktuellen Erscheinungsformen des Antisemitismus beschäftigen. So koordinierte das Projekt gegenPart 2004 und 2005 in Dessau die Aktionswochen gegen Antisemitismus. Mittlerweile hat sich diese Veranstaltungsreihe zu einem festen Bestandteil im Terminkalender zahlreicher zivilgesellschaftlicher Initiativen etablieren können. Für das kommende Jahr ist zudem im Rahmen einer Geschichtswerkstatt ein lokalhistorisches Projekt mit dem Titel »Antisemitismus in der DDR« geplant.

Die Schändung der Stolpersteine in Pasewalk
Ein Bericht von Manuela Ammon, Initiatorin der Verlegung der Stolpersteine in Pasewalk

Stolpersteine – in Ost und West

In beinahe 100 verschiedenen Orten Deutschlands erinnern heute so genannte Stolpersteine an Menschen, die während der Zeit des Nationalsozialismus deportiert und ermordet wurden. Der Kölner Künstler Gunter Demnig verlegt seit 1996 kleine Messingtafeln mit Namen und Lebensdaten der Opfer in den Gehsteig vor ihrem letzten Wohnort. Die meisten der 5500 bisher verlegten Tafeln sind in Köln, Hamburg und Berlin zu finden. In den neuen Bundesländern wird im Kontext der Verlegung von Stolpersteinen deutlich, dass eine Aufarbeitung und öffentliche Thematisierung der Verbrechen des Holocaust im innerfamiliären und im öffentlichen Diskurs in bisher nur geringem Masse stattgefunden hat. Kenntnisse über die Verfolgung von Juden und Jüdinnen im Wohnort sind unter der heutigen ostdeutschen Bevölkerung oft nur gering und eine mit westdeutschen Gemeinden vergleichbare Erinnerungskultur nicht vorhanden.



Eine Schändung in Pasewalk

In der vorpommerschen Kleinstadt Pasewalk engagiert sich seit 2004 ein neugegründeter Museumsverein für die Stolpersteinaktion. Im August 2005 konnte die Verlegung von zunächst sieben Stolpersteinen in Pasewalk realisiert werden. Drei der Stolpersteine erinnern an die Familie von Paul Behrendt. Paul Behrendt war Gießereibesitzer und Stadtrat in Pasewalk. Er starb 1939 in Berlin, seine Frau und eine Tochter wurden im Konzentrationslager ermordet.
Bereits bei der Verlegung der Steine am 1. August wurde Gunter Demnig vom heutigen Hausbesitzer massiv beschimpft. In der darauf folgenden Nacht wurden die drei Steine durch Hammerschläge zerstört und mit einem großen, roten Hakenkreuz beschmiert. Durch das Eingreifen einer Anwohnerin konnte der mutmaßliche Täter festgenommen werden – zu einer Verurteilung kam es jedoch nicht.

Die Reaktion zivilgesellschaftlicher Projekte

Über die Zerstörung der Stolpersteine berichtete zunächst nur eine kleine Meldung in der Lokalpresse. Die Initiatoren hatten eine feierliche Enthüllung der Stolpersteine geplant, zu der auch Angehörige der Familie Behrendt aus Australien, den USA, Großbritannien und Israel eingeladen waren. Zunächst blieb offen, ob es möglich sein würde, die Veranstaltung durchzuführen, denn für die Erneuerung der zerstörten Steine und die Vorbereitung der Veranstaltung blieben nur zehn Tage Zeit.
Gunter Demnig erklärte sich sofort bereit, die zerstörten Tafeln zu ersetzen. Die Amadeu Antonio Stiftung vermittelte den Kontakt zu verschiedenen Projekten, die sich gegen Rechtsextremismus in der Region engagieren. Hilfe und Unterstützung erfuhr der

Pasewalker Museumsverein vor allem durch Günther Hoffmann vom Netzwerk Ostvorpommern, vom Team der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus in Neubrandenburg sowie von der Opferberatung in Mecklenburg-Vorpommern LOBBI e.V. Der Vorfall wurde aufgrund des Engagements von Einzelpersonen durch überregionale Medien aufgegriffen und skandalisiert.
Die Feier wurde wie geplant am 18. August in Anwesenheit von 35 Angehörigen der Familie Behrendt durchgeführt. Auch Politiker der Kommunal- und Landesebene waren erschienen. Die feierliche Ansprache und Enthüllung der Steine verlief ohne Zwischenfälle. Die Beteiligung vieler Einwohner und Einwohnerinnen an der Feier lässt hoffen, dass in Pasewalk ein Nachdenken über die dringend notwendige Auseinandersetzung mit heutigem Rechtsextremismus und Antisemitismus vor Ort angeregt wurde.

Wie weiter?

Die Schändung der Stolpersteine in Pasewalk zeigt, dass es notwendig ist, Antisemitismus im lokalen Raum öffentlich zu thematisieren. Eine Stolpersteinaktion sollte mit einer lokalhistorischen Aufarbeitung der Verfolgung von Jüdinnen und Juden vorbereitet werden. Dabei sollten nicht nur Schülerinnen und Schüler einbezogen werden, vielmehr bedarf es einer Auseinandersetzung aller Bewohner und Bewohnerinnen des jeweiligen Ortes.
Als Konsequenz aus dieser Erfahrung wird es in Zukunft die Aufgabe der Amadeu Antonio Stiftung und ihrer Partner sein, die lokal- und familienhistorische Aufklärungsarbeit vor Ort anzuregen und zu fördern. In Zusammenarbeit mit Gunter Demnig sucht die Stiftung vor allem den Kontakt zu Schülern und Schülerinnen, Lehrern und Lehrerinnen, lokalen Geschichtswerkstätten und Journalisten. Geplant sind Fortbildungen, um eine Sensibilisierung für Antisemitismus zu erreichen und eine übergreifende Auseinandersetzung zu initiieren.

Berlin-Spandau liegt in Deutschland. Reaktionen auf die Umbenennung der Jüdenstraße. Ein Bericht der Initiative gegen Antisemitismus und Antizionismus Berlin-Brandenburg [IgA-BB]

In der Nacht vom 6. auf den 7. Dezember 2004 überschmierten bislang unbekannte Täter die Straßenschilder der Jüdenstraße im Berliner Bezirk Spandau mit roter Farbe und hinterließen auf der in der gleichen Straße ansässigen Geschäftsstelle der PDS-Spandau den Schriftzug »Die Juden sind unser Unglück«.
Es war nicht das erste Mal, dass der nordwestliche Stadtteil auf Grund antisemitischer Vorfälle in die Schlagzeilen geriet. Seitdem die BVV 2002 beschlossen hatte, die ehemalige Kinkelstraße in Jüdenstraße zurückzubenennen, kam es immer wieder zu antisemitisch motivierten Protesten dagegen. Am Tag der Neueinweihung der Jüdenstraße kam es dann zum großen Eklat. Was auf Initiative der lokalen FDP-Bezirksfraktion ein Festakt hätte werden sollen, endete in wüsten, antisemitischen Pöbeleien. Aus der knapp 40köpfigen Zuhörerschaft wurden während der Rede des damaligen Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde Berlin, Alexander Brenner, Parolen wie »Juden raus« oder »Juden sind gottlos« gerufen. Brenner brach daraufhin seine Rede ab.

Als Reaktion auf diesen Eklat organisierte das Bündnis gegen Antisemitismus und Antizionismus [BgAA] Berlin im Dezember 2002 eine Demonstration. Rund 150 bis 200 zumeist junge Menschen folgten dem Aufruf und demonstrierten am 14. Dezember 2002 durch die Spandauer City. Nach dieser zivilgesellschaftlichen Intervention kehrte ein wenig Ruhe in der Jüdenstraße ein; bis zu den Schmierereien vom 6./7. Dezember 2004.
Auf die neuerlichen Vorfälle angemessen zu reagieren und gleichzeitig den wachsenden Antisemitismus in der Mitte der Gesellschaft zu thematisieren, war das Ziel unserer ersten Überlegungen. Darüber hinaus sollten politische Gruppen, sowie zivilgesellschaftlich gegen Antisemitismus aktive Bürger gleichermaßen in den Prozess eingebunden werden.
Unsere erste Idee war, mit einer Diskussionsveranstaltung vor Ort, Interessierte aus





den verschiedensten gesellschaftlichen und politischen Gruppen anzusprechen. Wichtig war uns dabei vor allem auch, möglichst viele lokale Unterstützer aus Spandau für unser Vorhaben zu gewinnen, die uns bei der Durchführung einer solchen Veranstaltung helfen konnten. Wie schon das BgAA zwei Jahre zuvor, waren auch wir relativ erfolglos bei der Suche nach Spandauer Bündnispartnern und so kam es lediglich zu einer Demonstration.
Unter dem Motto »Der Skandal ist Deutschland – Gegen jeden Antisemitismus« mobilisierten wir also zum 08. Januar 2005 nach Spandau. Wir wollten mit dem Motto und durch die vorbereiteten Redebeiträge klarstellen, dass die unzähligen Spekulationen, ob die Tat von Neonazis begangen worden sei, am Ziel vorbei gehen. Antisemitische Einstellungen sind in Deutschland weit verbreitet. Dies macht es notwendig, ihnen auf unterschiedlichen Ebenen entgegen zu treten. Die Fokussierung auf die Neonazis ist in einer Zeit, in der 60% der Deutschen meinen, das Weltübel im Staat Israel zu entdecken, im Kampf gegen Antisemitismus nicht mehr zeitgemäß. Eine lokale Intervention, die dies nicht berücksichtigt, verfehlt ihr Ziel.

Am Tag der Demonstration versammelten sich rund 100 Menschen hauptsächlich aus Berlin und Brandenburg am S-Bahnhof Spandau. Leider waren, wie häufig bei ähnlichen Veranstaltungen, kaum ältere Menschen unter den Teilnehmern und Teilnehmerinnen. Friedlich ging es die kurze Route durch die Spandauer City, hauptsächlich auf der Jüdenstraße entlang. In den zwei längeren Redebeiträgen wurde deutlich gemacht, dass die Teilnehmer sich solidarisch mit den Opfern antisemitischer Gewalt erklären, sei es in Deutschland oder anderswo.

Trotz des relativen Erfolges waren die Beteiligten in der Auswertung mehrheitlich der Meinung, beim nächsten Mal eher eine Diskussions- oder Vortragsveranstaltung zu machen. Die Redebeiträge wären in einem Raum einfach besser verständlich gewesen als auf der Straße. Außerdem hätte durch eine Diskussionsveranstaltung eine größere Chance bestanden, die Auseinandersetzung breiter in die Gesellschaft zu tragen.

Unterstützungsangebot

Die Amadeu Antonio Stiftung unterstützt Initiativen und Projekte, die gegen antisemitische Vorfälle in ihrer Stadt und Region aktiv werden möchten. Die Mitarbeiterinnen der Stiftung beraten, was vor Ort getan werden kann, unterstützen bei der Suche nach weiteren Partnern und helfen, eine breite Öffentlichkeit auf die Problematik aufmerksam zu machen. Wichtig ist der Stiftung, möglichst viele Menschen in die Arbeit einzubeziehen. Unterstützung und Information erhalten Sie hier:

Amadeu Antonio Stiftung
Linienstrasse 139, 10115 Berlin
Telefon 030.24 08 886 12/13, Fax 030. 24088620
info@amadeu-antonio-stiftung.de

Weitere Informationen über die Arbeit der Amadeu Antonio Stiftung gegen Antisemitismus erhalten sie unter: www.projekte-gegen-antisemitismus.de

Danksagung

Das Projekt gegen Antisemitismus der Amadeu Antonio Stiftung wäre nicht zustande gekommen ohne die partnerschaftliche Zusammenarbeit und Unterstützung der Kolleginnen und Kollegen. Herzlichen Dank an: Aktion Zivilcourage Pirna, BildungsBausteine gegen Antisemitismus – ein Kooperationsprojekt des Vereins Tacheles Reden e.V. und des Bildungsteams Berlin-Brandenburg e.V., Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus, Licht-Blicke – Netzwerk für Demokratie und Toleranz, MEMRI e.V., Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin, MOBIT Mobiles Beratungsteam in Thüringen für Demokratie gegen Rechtsextremismus, Netzwerk für Demokratische Kultur Wurzen, Netzwerkstelle Moskito Berlin, Projekt gegenPart Dessau, RAA Berlin, RAA Neue Länder, Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage, Schulmuseum Leipzig.

Das Engagement der Amadeu Antonio Stiftung

Das Ziel der Amadeu Antonio Stiftung ist es, eine zivile Gesellschaft zu stärken, die der Entwicklung einer rechtsextremen Alltagskultur entgegen tritt. Daher unterstützt die Stiftung Initiativen und Projekte, die kontinuierlich gegen Rechtsextremismus,Rassismus und Antisemitismus vorgehen, sich für die Stärkung einer demokratischen Kultur engagieren und für den Schutz von Minderheiten eintreten. Die lokalen Akteure über eine finanzielle Unterstützung hinaus zu ermutigen, ihre Eigeninitiative vor Ort zu stärken und sie zu vernetzen, ist die wichtigste Aufgabe der Amadeu Antonio Stiftung. Die Erfahrungen der Stiftung und ihrer Partner haben gezeigt, dass die Arbeit der lokalen Akteure langfristig nur dann erfolgreich sein kann, wenn dabei unterschiedliche Handlungsfelder (Schule, Jugendarbeit, Verwaltung, Sport, Kultur etc.) miteinander verknüpft und vernetzt werden.



Adressen:

Amadeu Antonio Stiftung
Linienstrasse 139
10115 Berlin
Telefon 030. 240 886 10
Fax: 030. 240 886 22
www.amadeu-antonio-stiftung.de
www.projekte-gegen-anti-semitimus.de
info@amadeu-antonio-stiftung.de

Enge Partner der
Amadeu Antonio Stiftung:

Aussteigerprogramm EXIT Deutschland
Postfach 040 324
10062 Berlin
Telefon 0171. 713 64 52
Fax 0121. 248 88 66 60
info@exit-deutschland.de
http://www.exit-deutschland.de

RAA Berlin
Chausseestrasse 29
10115 Berlin
Telefon 030. 24 04 51 00
Fax 030. 24 04 55 09
info@raa-berlin.de
www.raa-berlin.de

Freudenberg Stiftung
Freudenbergstraße 2
69469 Weinheim/Bergstraße
Telefon 062 01. 174 98
Fax 062 01. 132 62
info@freudenbergstiftung.de
www.freudenbergstiftung.de

Weitere wichtige Adressen

The American Jewish Committee
Berlin Office
Lawrence & Lee Ramer Center for
German – Jewish Relations
Leipziger Platz 15
10117 Berlin
Telefon 030. 226 59 40
Fax 030. 22 65 94 14
www.ajc.org

Bildungsteam
Berlin-Brandenburg e.V.
Cuvrystraße 20
10997 Berlin
Telefon 030. 610 76 544
Fax 030. 610 76 545
buero@bildungsteam.de
www.bildungsteam.de

Fritz Bauer Institut
Studien- und Dokumentationszentrum zur Geschichte und Wirkung
des Holocaust
Grüneburgplatz 1
60323 Frankfurt am Main
Telefon 069. 79 83 22 40
Fax 069. 79 83 22 41
info@fritz-bauer-institut.de
www.fritz-bauer-institut.de

HATIKVA – Bildungs- und Begegnungsstätte für Jüdische Geschichte
und Kultur Sachsen e.V.
Pulsnitzer Straße 10
01099 Dresden
Telefon 0351. 802 04 89
Fax 0351. 804 77 15
hatikva.dd@t-online.de
www.hatikva.de

Tacheles Reden! -
Gegen Rechtsextremismus,
Rassismus und Antisemitismus e.V.
Lausitzer Straße 10
10999 Berlin
Telefon: 030. 69 51 68 15
Fax 030. 69 51 68 17
info@tacheles-reden.de
www.tacheles-reden.de

Miphgasch/Begegnung e.V.
Samariterstraße 27
10247 Berlin
Telefon 030. 47 47 48 05
Fax 030. 47 47 48 06
miphgasch@gmx.de
www.miphgasch.de

Jugendbegegnungsstätte
Anne Frank
Hansaallee 150
60320 Frankfurt am Main
Telefon: 069. 560 00 20
Fax 069. 56 00 02 50
info@jbs-anne-frank.de
www.jbs-anne-frank.de

Schule ohne Rassismus –
Schule mit Courage
Ahornstraße 5
10787 Berlin
Telefon 030. 21 45 86 0
Fax 030. 21 45 86 20
schule@aktioncourage.org
www.schule-ohne-rassismus.org

Kreuzberger Initiative
gegen Antisemitismus
Oranienstraße 34
10999 Berlin
Telefon 030. 695 65 865
Fax 030. 695 69 266
mail@kiga-berlin.org
www.kiga-berlin.org

Gegenstrategien – Bildungsinitiativen zur Auseinandersetzung
mit Antisemitismus, Rassismus und
Fremdenfeindlichkeit
ZWST Zweigstelle Berlin
Oranienburger Str. 31
10117 Berlin
Telefon 030. 970 05 33 78
Fax 030. 282 85 29
info@zwst-civitas.de
www.zwst-civitas.de

Anne Frank Zentrum Berlin
Rosenthaler Straße 39
10178 Berlin
Telefon 030. 30 87 29 88
Fax 030. 30 87 29 89
zentrum@annefrank.de
www.annefrank.de

Zentrum für
Antisemitismusforschung
Ernst-Reuter-Platz 7
10587 Berlin
Telefon 030. 31 42 31 54
Fax 030. 31 42 11 36
zfa10154@mailbox.TU-Berlin.de
www.tu-berlin.de/zfa